

**Ideologie und Strategien des  
Rechtsextremismus – Wie geht man  
als Journalist/in damit um?**

Dokumentation des Werkstattgesprächs  
am 8. Mai 2006 in Berlin

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Nazarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 0 30. 457 986-0  
Fax: 0 30. 457 986-50  
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerinnen:  
Dr. Heike Riesling-Schärfe  
Judith Schwarzburger

Layout:  
Montevideo

# Inhalt:

- 4 Zusammenfassung der Ergebnisse  
des Werkstattgesprächs**  
Regiestelle E&C
  
- 6 Grußwort**  
Ingrid-Barbara Simon, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
  
- 8 Was tun? – Eine kleine Gebrauchsanleitung  
für den Umgang mit der NPD**  
Toralf Staud, Journalist
  
- 11 Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in  
damit um? Weitere Informationen und  
Literaturhinweise zum Thema**  
Toralf Staud, Journalist
  
- 14 Rechtsextremismus und Medien –  
Informieren statt Moralisieren.  
Zur Notwendigkeit einer verbesserten  
Berichterstattung über Rechtsextremismus**  
Dr. Hauke Hartmann, Bertelsmann Stiftung
  
- 26 Teilnehmer/innen**
  
- 27 Tagungsprogramm**
  
- 29 Anhang**  
  
Auszüge aus einer NPD-Schulungsbroschüre,  
2006  
(Originalmaterial zur Anschauung der  
neuen Ideologie und Strategien des  
Rechtsextremismus)  
  
Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen  
Gansel zu Wesen und Wollen der „Dresdner  
Schule“  
(Originalmaterial zur Anschauung der  
neuen Ideologie und Strategien des  
Rechtsextremismus)

## Zusammenfassung der Ergebnisse des Werkstattgesprächs

Am 8. Mai 2006 nahmen 12 Lokaljournalisten/innen von Printmedien und Fernseh- und Hörfunkredaktionen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands auf Einladung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Berlin an einem Werkstattgespräch teil, um sich über das Auftreten von Rechtsextremismus im lokalen Umfeld und die Arbeitsbedingungen von Medienvertretern/innen vor Ort auszutauschen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt.

In ihren einführenden Worten, wies Ingrid-Barbara Simon, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend darauf hin: „Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für unsere Demokratie. Deshalb ist es so wichtig, das politische und gesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz hier in Deutschland zu stärken und extremistischen Kräften von vornherein keinen Raum zur Entfaltung zu geben. Gerade die Medien – und insbesondere die lokalen, die über das Geschehen vor Ort berichten – leisten mit ihrer Berichterstattung dazu einen wichtigen Beitrag.“ Diese Berichterstattung müsse kritisch, dabei sachorientiert und differenziert sein – eine Berichterstattung, die sich auch mit Hintergründen und Ursachen auseinandersetze. Dabei sei jedoch zu bedenken, dass interne Strukturen und Funktionsweisen rechtsextremer Organisationen heute kaum noch überschaubar seien und in den Redaktionen oftmals die Zeit für gründliche Recherchen fehle. Dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sei das Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ ein besonderes Anliegen – in diesem Zusammenhang sei vor allem auf das seit 2001 und bis Ende 2006 laufende Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ hinzuweisen. Aus diesem Grund sei das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch daran interessiert, die Vertreter/innen der lokalen Medien durch Veranstaltungen wie diese bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund gab Toralf Staud, freier Journalist und Autor des Buches „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg

der NPD“, zunächst einen Überblick über die Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus. Dabei betonte er, dass sich die Strategien insbesondere dahingehend geändert hätten, dass „die neuen Rechten“ nicht mehr so offensichtlich an ihrem Auftreten und Aussehen erkennbar seien. Aber auch die Ideologie habe sich gewandelt hin zu einem Schwerpunkt der Selbstdarstellung als „soziale Bewegung“ mit einem eher „sozialistischen“ Programm, das jugend- und subkulturell geprägt sei. „Modern“ seien vor allem die kulturellen Strategien, zudem sei die NPD stärker kommunalpolitisch engagiert und nehme hier eine breite, eher opportunistische Themenwahl vor. Als Propagandastrukturen würden hauptsächlich sogenannte „Kameradschaften“ genutzt, die weniger kontrollierbar seien und im Unterschied zu Parteien nicht verboten werden könnten. Im Umgang mit Rechtsextremisten sei zudem zu bedenken, dass das Gegenteil von „rechts“ nicht „links“, sondern „demokratisch“ sei. Nur mit diesem Verständnis sei es möglich, dass die demokratischen Parteien gemeinsam agierten und sich nicht (wie von der NPD gewollt) auseinander dividieren ließen.

Dr. Hauke Hartmann, Leiter des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann Stiftung, stellte im Anschluss die Forschungsergebnisse der (Teil-)Untersuchung „Rechtsextremismus und Fernsehen – Wie berichten Journalisten?“ vor. Der Untersuchung zufolge grenzen die Medien Rechtsextreme moralisch aus, indem sie sich oft mit der Feststellung begnügen, ihre Ansichten seien „abnorm“. Medien berichten reaktiv – meist aus Anlass aktueller Vorfälle – und nicht kontinuierlich über rechtsextreme Tendenzen. Sie dramatisieren, stereotypisieren und überhöhen damit die Wirkung der Rechtsextremen in der Öffentlichkeit. Zudem betrachten sie den Rechtsextremismus als komplexes Ganzes, dem sich nur schwer genähert werden kann. Dieses Vorgehen entspreche, so Dr. Hartmann, nicht dem Idealbild einer kritischen, aber sachorientierten und differenzierten Berichterstattung und diene nicht der Information, die Grundlage für einen adäquaten Umgang mit dem Phänomen wäre.

Zusammenfassend wurden folgende vier Punkte, die auf eine eher defizitäre und ungenügende Form der Medienberichterstattung über Rechtsextremismus hinweisen, festgehalten:

- Sehr oft wird aus einer moralisch eher überlegenen Position heraus ausgegrenzt und sich nicht mit den Argumenten auseinandergesetzt.
- Medien – wie auch Politik und Öffentlichkeit – legen eine reaktive Haltung an den Tag.

Was fehlt, ist eine kontinuierliche Berichterstattung.

- Die Darstellungsweise von rechtsextremen Tätern und Wortführern ist oftmals zu stereotypisch und emotional aufgeladen.
- Rechtsextremismus wird als monolithische Einheit verstanden und es wird zu wenig nach den einzelnen Ideologemen differenziert; dadurch wird das Phänomen des Rechtsextremismus oftmals unverständlich.

Am Nachmittag diskutierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen anhand von Beispielen journalistischer Arbeit über Möglichkeiten des medialen Umgangs mit dem Rechtsextremismus. Dabei ging es um die Frage, ob die NPD eine „normale“ Partei ist, um Formen und Aussagen medial vermittelter Bilder bei der Fernsehberichterstattung, den Umgang mit Rechtsextremisten als Talkshow-Gäste sowie mit Presseerklärungen, Reden und Veranstaltungen von Rechtsextremisten. Eine wichtige Quintessenz dabei war, dass die NPD als Partei zwar verfassungsfeindlich, aber nicht verfassungswidrig ist. Daher müssten sich die Medien mit ihr auseinandersetzen. Da die NPD aber keine „normale“ Partei sei, dürfen die Medien dementsprechend auch nicht normal mit ihr umgehen. Die Argumente der NPD seien antichristlich, heidnisch und pseudowissenschaftlich, aber immer noch nationalsozialistisch, rassistisch und antisemitisch. Die NPD entziehe sich den Regeln der demokratischen Diskussionskultur, die von den Vertretern/innen aller anderen Parteien eingehalten würden. Ausgehend von den gezeigten Videosequenzen entwickelten die Teilnehmer/innen Strategien für den künftigen Umgang mit Rechtsextremisten, z.B. in Interviews oder Talkshows.

Zum Abschluss gaben die Teilnehmer/innen dem BMFSFJ Hinweise und Empfehlungen zur Umsetzung künftiger Veranstaltungen, zu Arbeitsformen und Inhalten:

- Weitere Veranstaltungen zum Umgang mit dem Thema wurden grundsätzlich gewünscht, auch um den Erfahrungsaustausch zu erweitern und fortzuführen.
- Einladungen sollten dem Tagesgeschäft des Lokaljournalismus entsprechend eher kurzfristig erfolgen und die Anmeldefrist dürfe nicht zu weit vor dem Termin enden.
- Am effektivsten wurde ein Einladungsprozess über e-mail eingeschätzt (am besten an die persönlichen e-mail-Adressen oder wenn dies nicht geht, allgemein an die Redaktionen). Information über die Veranstaltung sollten zusätzlich über die Portale [www.jonet.org](http://www.jonet.org) und [www.drehscheibe.org](http://www.drehscheibe.org) verbreitet werden.

- Mehrere Teilnehmer/innen sprachen sich für eine stärkere Trennung nach verschiedenen Medien aus. Andere betonten dagegen, dass in einer gemeinsamen Veranstaltung für Vertreter/innen unterschiedlicher Medien, auch verschiedene Potenziale lägen, die dann verloren gingen. Es könnten einzelne thematische Schwerpunkte gesetzt werden (z.B. anhand der Literaturliste von Toralf Staud).
- Eine regionale Ausrichtung (Nord/Süd/Ost/West) würde den Vernetzungseffekt für Journalisten/innen stärken und den Zeitaufwand verkürzen. Zudem könnte der lokale Bezug, z.B. vor Landtagswahlen, besser berücksichtigt werden.
- Seitens des MDR Leipzig wurde ein großes Interesse an entsprechenden Schulungsveranstaltungen für Journalisten/innen zum Thema Rechtsextremismus signalisiert. Es wurde angeboten, eine solche Veranstaltung im Haus des MDR in Leipzig durchzuführen.

**Ingrid-Barbara Simon, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

## **Grußwort**

Sehr geehrter Herr Staud, sehr geehrter Herr Dr. Hartmann, sehr geehrter Herr Brocke, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, Sie heute hier im Centre Français in Berlin zum Werkstattgespräch „Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“ begrüßen zu dürfen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für unsere Demokratie. Deshalb ist es so wichtig, das politische und gesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz hier in Deutschland zu stärken und extremistischen Kräften von vornherein keinen Raum zur Entfaltung zu geben. Gerade die Medien – und insbesondere die lokalen, die über das Geschehen vor Ort berichten – leisten mit ihrer Berichterstattung dazu einen wichtigen Beitrag.

Wie soll man in den Medien mit dem Thema Rechtsextremismus aber nun umgehen? Der Fall Sebnitz – Sie erinnern sich, damals wurde der Tod eines kleinen Jungen fälschlicherweise Rechtsextremen angelastet und die Stadt Sebnitz unter Generalverdacht der Rechtsorientierung gestellt – und in Ansätzen auch der aktuelle Vorfall in Potsdam zeigen eines: Die von Dauerempörung geprägte und skandalisierende Berichterstattung kann nicht der richtige Weg sein, sich diesem Thema journalistisch zu nähern. Und sie schadet letztlich dem gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus. Denn, wenn sich die Vorwürfe als mediale Vorverurteilung herausstellen, besteht die Gefahr, dass der Rechtsextremismus schnell nur noch als Scheinbedrohung wahrgenommen wird.

Genauso wenig ist es eine Lösung, das Thema Rechtsextremismus aus Angst vor Negativfolgen und Angst vor Stigmatisierung von vornherein zu meiden. Ich denke, der richtige Weg kann nur der einer kritischen, aber sachorientierten und differenzierten Berichterstattung sein – eine Berichterstattung, die sich auch mit Hintergründen und Ursachen auseinandersetzt. Doch dies ist einfacher gesagt als getan. Interne Strukturen und Funktionsweisen rechtsextremer Organisationen sind heute kaum noch überschaubar und es fehlt in den Redaktionen oftmals die Zeit für gründliche Recherchen. All diese Probleme und die Frage nach dem angemessenen medialen Umgang mit Rechtsextremismus wollen wir heute mit Ihnen diskutieren. Die Idee für

das heutige Werkstattgespräch ist dabei einer Gesprächsrunde bei der damaligen Bundesministerin Renate Schmidt zur Stärkung des Engagements für Demokratie und Toleranz und zur Bekämpfung von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitistischen Gedankengut im Juni 2005 entsprungen. Dort beklagten teilnehmende Experten/innen die von mir soeben schon erwähnten Probleme (also das unzureichende Wissen über Strukturen von rechtsextremistischen Organisationen oder der große Zeitdruck in den Redaktionen). Und sie baten um Unterstützung der lokalen Medien in ihrer kritischen und hintergründigen Berichterstattung vor Ort.

Dieser Bitte wollen wir gerne nachkommen. Insbesondere auch, weil unserem Haus das Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ besonders am Herzen liegt – ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem auf unser seit 2001 und bis Ende 2006 laufendes Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ hinweisen. Derzeit laufen zudem Planungen für ein neues Programm für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Bereits im Herbst 2005 haben wir daher einen ersten Anlauf genommen und ein entsprechendes Werkstattgespräch vorbereitet. Offensichtlich waren aber Zeitpunkt und/oder das Thema bzw. der geplante Ablauf des Werkstattgespräches nicht ansprechend genug. Da uns das Thema aber ein wichtiges Anliegen war, haben wir einen erneuten Versuch unternommen. Und ich freue mich, dass es diesmal geklappt hat und wir nun heute hier zusammen gekommen sind. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei der Stiftung SPI – der Regiestelle unserer Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) – für die Organisation der Veranstaltung herzlich bedanken. Und ich freue mich sehr, dass wir den freien Journalisten und Autor des Buches „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“, Toralf Staud, und den Leiter des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann Stiftung, Dr. Hauke Hartmann, für die Mitgestaltung dieses Tages gewinnen konnten. Noch einmal vielen Dank dafür!

Sehr geehrte Damen und Herren, was verspreche ich mir von dem heutigen „Werkstattgespräch“? Es soll zum einen der Information dienen. Es soll aber auch den Erfahrungsaustausch unter Kolleginnen und Kollegen ermöglichen. Und natürlich erhoffe ich mir auch einen Input bzw. Anregungen Ihrerseits, wie wir als Ministerium Sie bei Ihrer Arbeit unterstützen können. Die Veranstaltung

heute soll keine Eintagsfliege sein. Deshalb ist es mir wichtig, von Ihnen zu erfahren, ob das heutige Werkstattgespräch für Sie gewinnbringend war, ob Ihrer Meinung nach auch künftig entsprechende Veranstaltungen angeboten werden sollten und wenn ja, wie diese konkret gestaltet werden sollten.

Ich wünsche uns allen daher einen erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung und gebe Herrn Staud das Wort.

## Was tun? – Eine kleine Gebrauchsanleitung für den Umgang mit der NPD

### 1. Nicht unterschätzen...

Ein NPD-Mitglied ist nicht automatisch dumm. Und obwohl ein Teil ihrer Wähler sicherlich Protestwähler sind, ist die NPD keine Protestpartei; sie hat disziplinierte Kader, ein geschlossenes Weltbild, eine klare Strategie. Ihre Abgeordneten im sächsischen Landtag beweisen Cleverness bei der Auswahl ihrer Themen. Sie demontieren sich nicht selbst, wie man es beispielsweise von der DVU gewohnt war. Sie sind fleißiger als ein Durchschnittsdemokrat, denn der ist – zum Glück – nicht so fanatisch. Die NPD-Kader haben eine Mission, sie fühlen sich als Teil einer unaufhaltsamen Bewegung.

Ignorieren hilft nicht. Inzwischen hat die NPD in etlichen ostdeutschen Kommunen einen Wählerstamm von zwanzig Prozent aufgebaut. Trotzdem setzen sich die anderen Parteien und die Medien nicht ernsthaft mit Propaganda und Programm der NPD auseinander. Als die Partei in den sechziger Jahren ihre erste Erfolgswelle hatte, gab es eine wahre Flut von Ratgebern und Aufklärungsbroschüren. Auch die CDU erarbeitete damals einen 43 Seiten dicken „Leitfaden“ für ihre Mitglieder. Bis heute, ein Dreivierteljahr nach dem Landtagseinzug der NPD, hat zum Beispiel die sächsische CDU nichts dergleichen zustande gebracht. Kein Wunder, dass sie immer noch völlig kopflos agiert.

### 2. ... aber auch nicht überschätzen

Ein Gutteil der NPD-Leute ist aber doch dumm; der Mangel an halbwegs fähigem Personal ist das größte Problem der Partei. Den meisten Kadern fehlen soziale Kompetenz und politisches Geschick. Gerade weil sie ein hermetisches Weltbild haben und ihren »Kampf für Deutschland« fast wie Besessene führen, sind die meisten von ihnen zu praktischer Politik nicht fähig.

Niemand in der heutigen NPD hat ein Charisma, das über die Partei hinausreicht. Die einfachen NPD-Mitglieder sind oft nicht einmal in der Lage, ihre Nachbarn zu einer Unterstützungsunterschrift für die Partei zu überreden. Die NPD glaubt in ihrem Größenwahn, sie könne den Staat stürzen. Reißerische Illustriertenstorys und empörte Politikerrituale machen sie größer, als sie ist.

### 3. Korrekt behandeln

Seien Sie höflich, auch zu Neonazis! Es bringt der NPD nur Sympathien, wenn ihr – wie am Abend der sächsischen Landtagswahl – im Fernsehen das Mikrofon weggezogen wird oder Politiker/innen aus dem Studio rennen. Für das Selbstbild und den Zusammenhalt der rechten Szene ist es ungemein wichtig, sich als Märtyrer aufführen zu können. Abgeordnete der NPD sind demokratisch legitimiert – ihre Ideologie ist es nicht. Ihre Reden dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Doch dazu muss nicht die Geschäftsordnung des Landtags geändert werden. Schon gar nicht dürfen die allgemeinen Rechte eines Abgeordneten eingeschränkt werden – das wäre Beschneidung der Demokratie zur Verteidigung der Demokratie. Es ist nicht nur albern, sondern verkehrt, den Plenarsaal zu verlassen, wenn Rechtsextremisten reden. „Ich hätte nicht gedacht, dass es so einfach ist, ein Parlament zu säubern“, lästerte Holger Apfel einmal, nachdem die Abgeordneten der demokratischen Parteien hinausgestürzt waren. Die Freude sollte man ihm nehmen.

### 4. Ausgrenzen, aber nicht ausstoßen

Die NPD ist keine normale Partei. Ihre Mitglieder und Funktionäre sind keine gleichberechtigten Partner in der politischen Auseinandersetzung. Doch muss ihre Ausgrenzung immer begründet werden, damit sie sich nicht als verfolgte Unschuld präsentieren können: Die NPD lehnt das Grundgesetz ab. Sie erkennt die allgemeinen Menschenrechte nicht an. Sie ist es, die sich damit ausgrenzt.

Wer sich zur NPD bekennt, darf deshalb ausgeschlossen werden. Auch aus dem Sportverein, dem Männerchor, der Gewerkschaft. Es muss abschreckend sein, bei der NPD mitzumachen. Aber der Weg zurück muss offen bleiben. Es wird viel schwerer, die rechte Szene zu verlassen, wenn Freunde und Familie alle Brücken abgebrochen haben. Wer sich nur noch in den geschlossenen Zirkeln der Rechten bewegt, steigert sich immer weiter hinein. Sagt sich jemand von der NPD-Ideologie los, darf ihm seine Vergangenheit nicht ewig nachgetragen werden.

### 5. Null Toleranz gegenüber rechten Straftaten ...

Wer Paragraphen verletzt, gehört bestraft. Das gilt für Rechtsextremisten nicht weniger, aber auch nicht mehr als für alle anderen. Ein Hakenkreuz auf dem Schulranzen oder ein Tritt gegen einen Dunkelhäutigen in der S-Bahn darf nicht toleriert werden. Von niemandem. Das hat nichts zu tun mit „Pogromstimmung“, über die die NPD gern jammert. Die Prinzipien des Rechtsstaats müssen selbstverständlich



eingehalten werden. Und natürlich gilt das Grundgesetz für jeden Skinhead, natürlich genießen Neonazis Versammlungsfreiheit. Die Änderung des Demonstrationsrechts, die vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes hektisch durchgezogen wurde, beschneidet Grundrechte und war bloße Symbolpolitik. In keiner KZ-Gedenkstätte kann man sich erinnern, dass dort je ein Neonazi demonstrieren wollte.

Um glaubwürdig gegen Nazis vorgehen zu können, darf der Staat selbst keine Minderheiten benachteiligen. Solange etwa Asylbewerber in menschenunwürdigen Heimen hausen müssen, werden sich Rechtsextremisten ermutigt fühlen, Brandsätze auf sie zu werfen. Im Übrigen würden die ausländerfeindlichen Überfälle schnell aufhören, wenn jedes Opfer automatisch ein Daueraufenthaltsrecht für Deutschland bekäme.

#### **6. ...doch die NPD gehört nicht verboten, sondern widerlegt**

Wahrscheinlich kann man außer in Diktaturen nur in Deutschland auf die Idee kommen, eine oppositionelle Partei zu verbieten, obwohl sie nicht offen zur Gewalt aufruft. Die freiheitliche Demokratie ist das bessere System als der völkische Führerstaat, den die NPD anstrebt. Wenn Demokraten sich nicht mehr zutrauen, die Wähler davon überzeugen zu können, haben sie schon verloren.

Aber ist überhaupt noch jemand fähig, für die Demokratie und ihre Prinzipien zu streiten? Die etablierten Politiker/innen sind (wie die meisten Bürger/innen) grundsätzliche Angriffe nicht mehr gewohnt. Sie sind Schönwetterdemokraten und schnappen nach Luft, wenn sie mal einen echten Nazi treffen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten ist mühsam, und Spaß macht sie auch nicht. Aber ein anderes Mittel gegen die NPD gibt es nicht. Wenn sie sich als Sozialkämpfer aufspielt, muss man ihr Konzept einer wärmenden Volksgemeinschaft bloßstellen. Wenn sie für Umweltschutz eintritt, muss man die zugrunde liegende Blut- und Boden-Ideologie offen legen.

Es ist nicht so schwer, das Programm der NPD zu demontieren. Dazu muss man es aber zumindest gelesen haben. Auch praktisch wäre ein Verbot der NPD nutzlos, die harten Kader würden weiterziehen in andere Organisationen. Genauso gut könnte man versuchen, sie einfach wegzuzaubern.

#### **7. Themen streitig machen**

Im sächsischen Landtag zeigt sich deutlich, dass die NPD nur so gut ist, wie die anderen Parteien sie sein lassen. Ihre Abgeordneten werfen sich gern auf Themen, die von den anderen liegen gelassen werden. Chancen

und Risiken der Integration von Ausländern zum Beispiel müssen offen debattiert werden. Demokratiedefizite der EU sind ein wichtiges Thema. Wenn die NPD bestehende Probleme anspricht, hilft es kein bisschen, die Nazikeule zu schwingen. Und wenn sie etwa Volksabstimmungen fordert, muss man die nicht ablehnen – sondern darauf hinweisen, dass sie für die NPD der erste Schritt zur Abschaffung der Parlamente sind.

Würden die anderen Parteien nur halb so viel Energie in die Auseinandersetzung mit der NPD stecken, wie in den Streit untereinander, wäre viel gewonnen. Demokratische Politiker/innen sollten planmäßig die Themen identifizieren, mit denen die NPD kampagnenfähig werden könnte, und diese selbst besetzen. Bisher hecheln sie der NPD immer nur hinterher.

#### **8. NPD-Wahlerfolge nicht mit sozialen Problemen entschuldigen**

Natürlich wählen auch Arbeitslose die NPD, aber sie tun das nicht, weil sie arbeitslos sind, sondern weil sie deren rassistischen Parolen glauben. Das ist ein wichtiger Unterschied. Von den Wählern, die bei der sächsischen Landtagswahl im September 2004 der NPD ihre Stimme gaben, waren nur 20 Prozent arbeitslos. Aber 96 Prozent waren der Überzeugung, von Ausländern gehe eine „Überfremdungsgefahr“ aus; bei einem Anteil von gerade 2,8 Prozent nicht-deutscher Bevölkerung in Sachsen.

Wenn CSU-Chef Edmund Stoiber öffentlich die gestiegene Arbeitslosenquote und Gerhard Schröder für das Erstarken der NPD verantwortlich macht, lenkt er also vom eigentlichen Problem ab, nämlich dem rechtsextremen Weltbild eines wesentlichen Teils der Bevölkerung. Deutschland sei in einer Situation wie „seit 1932 nicht mehr“, sagte Stoiber mit Blick auf die Zahl von sechs Millionen Menschen ohne Job. Das bringt wenig für die Auseinandersetzung mit der NPD und ist historisch falsch. Die Weimarer Republik scheiterte nicht an der Massenarbeitslosigkeit, sondern weil die bürgerlichen Parteien damals die Demokratie nicht verteidigt haben.

#### **9. Die NPD nicht mit der PDS oder Linksextremisten gleichsetzen**

Wer die PDS mit der NPD auf eine Stufe stellt, verharmlost die Rechtsextremisten. Die Postkommunisten sind längst eine staatstragende Partei geworden, die NPD aber will diesen Staat stürzen. Die PDS hat in den vergangenen 15 Jahren dafür gesorgt, dass auch die Wiedervereinigungsgegner in der Bundesrepublik angekommen sind, sie hat die DDR-Nostalgiker in die parlamentarische Demokratie integriert – in der Oppositionsrolle zwar, aber doch als

Teil der Ordnung. Die NPD dagegen will eine „neue Ordnung“, und sie kann sich nicht veröhnen mit dem Parlamentarismus.

Praktisch jeden Tag werden in Deutschland Ausländer, Obdachlose und linke Jugendliche von rechten Schlägern überfallen. Aber es ist lange her, dass hierzulande ein Kapitalist von einem Linksterroristen ermordet wurde. Rechtsextremistische Propaganda richtet sich gegen Schwache, linksextremistische gegen Starke. Wen die NPD zum Feind erklärt, der ist in der Regel schutzlos. Die Feinde der Linksextremisten aber fahren gepanzerte Limousinen und bekommen Polizeibegleitung.

Wer behauptet, man müsse gleichermaßen gegen Extremisten von rechts wie von links kämpfen, vernebelt den Blick auf die Realität. Linksextremisten muss man in Ostdeutschland mit der Lupe suchen, Rechtsextremisten beherrschen vielerorts die Straßen. Will man die NPD unbedingt mit irgendwem vergleichen, dann bitte mit Islamisten. Sie stellen die freiheitliche Demokratie und die liberale Gesellschaft ähnlich fundamental in Frage, wie es die NPD tut. Nicht umsonst besuchte Udo Voigt 2002 eine Versammlung der islamistischen Hizb-ut-Tahir und versicherte der inzwischen verbotenen Organisation die „Solidarität aller aufrechten Deutschen“.

#### **10. Demokratische Werte in der Gesellschaft vermitteln**

Parteien wachsen aus der Gesellschaft; wenn sich dauerhaft eine demokratiefeindliche Partei etabliert, stimmt etwas mit der Gesellschaft nicht. Mag sein, dass Politiker/innen das nicht begreifen können, denn die harte Währung in ihrem Geschäft sind Prozente bei Wahlen. Mag sein, dass für Politiker/innen Rechtsextremisten erst zum Problem werden, wenn sie Plätze in den Parlamenten wegnehmen – und es sich erledigt hat, wenn sie dort wieder verschwunden sind.

Der wirkliche Kampf gegen die NPD muss in der Gesellschaft und von der Gesellschaft geführt werden, in Städten und Dörfern, auf Schulhöfen und an Buswartehäuschen. Wenn sich dort niemand für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, haben die Rechtsextremisten schon gewonnen.

An den Schulen sieht es oft traurig aus – gerade im Osten. Was kann dabei herauskommen, wenn ein desinteressierter Lehrer mit autoritärer DDR-Vergangenheit den Schülern demokratische Werte vermitteln soll? Aber auch im Westen hat kaum ein Pädagoge Ahnung von der rechten Jugendkultur. Und den Bildungsministern ist die Didaktik im Mathematikunterricht wichtiger als politische Bildung – jedenfalls wird für Ersteres viel mehr Geld

ausgegeben. Gegen die NPD hilft es nicht, in der Schulordnung das Tragen von Springerstiefeln zu untersagen und einmal im Jahr in die nächstgelegene KZ-Gedenkstätte zu fahren.

#### **11. Alternative Jugendkulturen fördern**

Die extreme Rechte hat erkannt, dass sie die Jugend mit kulturellen Angeboten am besten erreicht. Verbote bringen wenig, dadurch wird es nur noch spannender, Nazi-Konzerte zu besuchen.

Wo Rechtsextremismus zum Lifestyle geworden ist, muss man mit Lifestyle dagegenhalten. Solange die Linken cooler sind und mehr Spaß haben, ist noch nicht alles verloren. Wenn der Dorfbürgermeister sagt, Punks seien dreckig, und der Lehrer meint, bunte Haare gehörten sich nicht, dann freut sich die NPD. Sie sieht das genauso. Es kann verheerend wirken, wenn Skaterbahnen abmontiert und Sprayer aus Jugendclubs geworfen werden. Dann haben die Rechten freie Bahn. Sie geben bereits heute in vielen Gegenden Ostdeutschlands den Ton an. Wer dort jung ist und seine Ruhe haben will, braucht sich nur rechts zu geben.

#### **12. Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen**

Wer Zivilcourage gegen rechts fordert, muss sie auch fördern – oder sie zumindest nicht behindern. Als vor ein paar Jahren ein Anschlag auf die Erfurter Synagoge verübt wurde, organisierten Jugendliche eine Menschenkette und druckten Flugblätter. Die Polizei hatte nichts Eiligeres zu tun, als Anzeige zu erstatten – die Bürger hatten auf den Flugblättern das vorgeschriebene Impressum vergessen. Weitere Beispiele? Ein Bürgermeister weigert sich, den Wahlauftrag einer Initiative gegen die NPD im Amtsblatt abzudrucken. Eine schwarz-gelbe Landesregierung dreht einer anerkannten Anti-Nazi-Initiative den Geldhahn zu.

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss langfristig geführt werden und unabhängig davon, ob das Thema, gerade in Mode ist oder nicht. Im Sommer 2000, als die deutsche Öffentlichkeit groß über Rechtsextremismus debattierte, legte die Bundesregierung Förderprogramme gegen rechts auf – seitdem wird Schritt für Schritt wieder gekürzt. Gerade in Ostdeutschland aber gibt es kaum andere Geldquellen, die kommunalen Kassen sind leer, und die Wirtschaft ist zu schwach für große Sponsoringaktivitäten. Für viele Initiativen bedeutet dies zeitraubende Betteltouren bei Spendern und Stiftungen. Oder das Ende.

## Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?

### Weitere Informationen und Literaturhinweise zum Thema

Vieles von dem, was während des Seminars nur angerissen werden konnte, finden Sie ausführlich in meinem Buch:

Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. KiWi, Köln, 2005. 8,95 €

Etwas aktuelleres in Buchform finden Sie derzeit nicht. Leseproben und Rezensionen gibt es auf [www.moderne-nazis.de](http://www.moderne-nazis.de). Ende der Eigenwerbung.

#### Weitere Informationen ...

##### ... über die NPD:

Reinhard Kühnl u.a.: Die NPD. Frankfurt/Main 1969

Eine alarmistische Kampfschrift, die aber einiges über die frühe NPD verrät – und über den damaligen Antifaschismus der westdeutschen Linken

Lutz Niethammer: Angepasster Faschismus. Frankfurt/Main 1969

Eine kundige und kluge Analyse der Arbeit der sieben NPD-Landtagsfraktionen, die es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gab

Horst W. Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands

(Aufsatz in: Stöss, Richard [Hrsg.]: Parteien-Handbuch, Bd. 2. Opladen 1983, S. 1923-1994)

Politikwissenschaftliche Analyse der Geschichte, Ideologie und Struktur der Partei von der Gründung bis in die 80er Jahre

Uwe Hoffmann: Die NPD. Frankfurt/Main 1999

Eine fast 500 Seiten dicke und faktenge-sättigte Dissertation über alle Aspekte; das Standardwerk, aber der Beobachtungszeit-raum reicht nur bis 1996, der Wandel zur „neuen“ NPD wird deshalb noch nicht er-fasst

Claus Leggewie/Horst Meyer: Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? Frankfurt/Main 2002

Der Aufsatzband erschien anlässlich des NPD-Verbotsverfahrens und debattiert die Partei und den Umgang mit ihr

#### über Rechtsextremismus allgemein:

Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 2000

Eine nicht mehr ganz neue Übersichtsdarstellung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, die auf deren Homepage kostenlos heruntergeladen werden kann

[www.fes-online-akademie.de/index.php?&scr=doc&d\\_id=1](http://www.fes-online-akademie.de/index.php?&scr=doc&d_id=1)).

Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2005

Eine aktuelle Arbeit für die Ebert-Stiftung, die auch einen kurzen Blick ins Ausland wirft (ebenfalls online verfügbar: <http://library.fes.de/pdf-files/ostdeutschland/02930.pdf>)

Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus. Freiburg 2002

Der parteiförmige Rechtsextremismus wird nur kurz gestreift, dafür aber Ursachen und Gegenstrategien diskutiert

Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Leverkusen 2002

Ein Lexikon über rechtsextreme Personen und Organisationen, ergänzt durch ein Dutzend Fachartikel zu einzelnen Aspekten (u.a. Osteuropa, Frauen, Internet, Neue Rechte)

[www.idgr.de](http://www.idgr.de) – Der „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus“

ist ein Internet-Lexikon über Personen, Organisationen und Begriffe, bietet aber auch thematische Dossiers und aktuelle Nachrichten

Rolf Gössner: Geheime Informanten. München 2003

Hier wird die Tätigkeit von V-Leuten des Verfassungsschutzes u.a. in der NPD kritisch aufgearbeitet, ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit dem Scheitern des Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht

Andrea Röpke/Andreas Speit: Braune Kameradschaften. Berlin 2004

Die Autoren bieten einen äußerst detaillierten Einblick in die militante Neonazi-Szene, mit der die NPD seit dem Amtsantritt von Udo Voigt offen kooperiert

Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Berlin 1998

Diese Studie über den modernen und jugendlichen Rechtsextremismus in Ostdeutschland erschien in der Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur

Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen... Berlin 1991

Ein spannender Rückblick auf die rechtsextremistische Szene in der DDR, ohne deren Kenntnis die heutige Situation in Ostdeutschland kaum zu verstehen ist

**... zu Ursachen und Entwicklung rechtsextremer Einstellungen:**

Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände I-IV. Frankfurt 2002-2006

In einem auf zehn Jahre angelegten Projekt untersuchen Konflikt- und Gewaltforscher/innen der Uni Bielefeld verschiedenste Facetten von „wie sie es nennen“ „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, also Rassismus, Antisemitismus, Sexismus etc.

Welzer, Harald u.a.: „Opa war kein Nazi“.

Frankfurt 2005

Diese Studie legt offen, wie sich in deutschen Familien verharmlosend an Drittes Reich und Holocaust erinnert wird – und wie sehr privates und offizielles Gedenken auseinander klaffen

**... über rechtsextreme Musik und Kultur:**

Burkhard Schröder: Nazis sind Pop.

Berlin 2000

Ein Essay in Buchform darüber, wie es der rechtsextremen Szene im vergangenen Jahrzehnt gelungen ist, chic zu werden

Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): Reaktionäre Rebellen. Berlin 2001

Nicht mehr ganz aktueller, aber immer noch lesenswerter Sammelband über rechtsextreme Musik in Deutschland

Searchlight u.a. (Hrsg.): White Noise.

Hamburg/Münster 2001

Ein Überblick über die internationale Neonazi-Musik-Szene

Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hrsg.): Rechts-Rock. Münster 2002

Dieses 540-seitige Kompendium bietet tiefe Einblicke in die Nazi-„Kulturarbeit“, beleuchtet Gegenstrategien und bietet im Anhang ein hilfreiches Glossar und Register von Personen, Bands und Rechtsrock-Labels

Margitta-Sybille Fahr: Was steht an jedem Haus? Ausländer raus! Potsdam 2005

In mittlerweile dritter Auflage erklärt diese Broschüre des „Mobilen Beratungsteams Brandenburg“ Zeichen und Symbole der rechtsextremen Szene.

kostenlos (gegen Rückporto) bestellbar unter: 0331/7406247

oder [mobiles-beratungsteam@jpberlin.de](mailto:mobiles-beratungsteam@jpberlin.de)

Einen aktuellen Blick auf und Hintergründe über die Codes der rechtsextremen Jugendkultur bietet die Broschüre „Versteckspiel“ der Agentur für Soziale Perspektiven, Berlin [www.dasversteckspiel.de/Broschuere.html](http://www.dasversteckspiel.de/Broschuere.html)

Eine Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD findet sich unter [www.miteinander-ev.de/pdf/argumente-gegen-npd-cd.pdf](http://www.miteinander-ev.de/pdf/argumente-gegen-npd-cd.pdf)

Sie enthält Hintergrundinformationen über die darauf vertretenen Bands, Abschriften

der Texte und Anmerkungen zu deren Decodierung.

**Handreichungen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten:**

Markus Tiedemann: „In Auschwitz wurde niemand vergast.“ München 2000

Neonazis wissen oft besser über die Nazi-Zeit bescheid als Demokraten (oder tun so) – dieses Büchlein kostet nur sechs Euro und widerlegt 60 historische Lügen, die bei Rechtsextremisten beliebt sind

Jonas Lanig/Marion Schweizer: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“

Essen 2005

Rechtsextremistische Propaganda konzentriert sich längst auf aktuelle Themen wie Arbeit, Kriminalität, Soziales – hier werden 44 häufig verwendete Argumentationen demontiert

Wolfgang Benz (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. München 1998

Über den Nationalsozialismus wird gern beschönigend geredet – dieses Wörterbuch überprüft verbreitete Vorstellungen und rückt sie zurecht, von „Autobahnen“ bis „Zyklon B“

**Aktivisten, Initiativen, Organisationen:**

(Es gibt eine schier unüberschaubare Zahl von Initiativen gegen Rechtsextremismus, deshalb an dieser Stelle nur eine kleine Auswahl.)

[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de) ist die wohl umfangreichste und aktuellste Informationsplattform zum Thema Rechtsextremismus. Gleich auf der Eingangsseite gibt es einen Link zum Thema „Was kann ich tun?“

Deren Herausgeberin ist die Amadeu-Antonio-Stiftung ([www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)), die seit Jahren Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus fördert und selbst anstößt.

Ähnliche Ziele verfolgt die DemokratieAnStiftung ([www.demokratieanstiftung.de](http://www.demokratieanstiftung.de)), sie ist aber breiter angelegt und will Rechtsextremismus durch eine generelle Förderung von Demokratie bekämpfen.

Mit staatlicher Unterstützung und Beteiligung von Kirchen, Politik und Wirtschaft wurde im Jahr 2000 das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ gegründet, dem sich bisher ca. tausend Initiativen angeschlossen haben ([www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)).

Informationen und Aufrufe aus dem Antifa-Spektrum finden sich beispielsweise unter [www.nadir.org/nadir/aktuell/themen/antifa.html](http://www.nadir.org/nadir/aktuell/themen/antifa.html) oder [www.de.indymedia.org/antifa/](http://www.de.indymedia.org/antifa/)

An der „Aktion Noteingang“ kann sich wirklich jeder beteiligen: Mit Aufklebern lässt sich zeigen, dass man Opfern rechter Gewalt Schutz

bieten wird; diese Aktion wirkt schon vorbeugend, denn sie ermutigt typische Opfer (Migranten/innen, Obdachlose, nicht-rechte Jugendliche) und verunsichert potenzielle Täter. ([www.aktion-noteingang.de](http://www.aktion-noteingang.de)) Und jeder kann eine lokale Initiative dazu gründen (nach dem Vorbild von [www.kampagne-noteingang-berlin.de](http://www.kampagne-noteingang-berlin.de) oder [www.tolerantes-mahlow.de/noteingang.html](http://www.tolerantes-mahlow.de/noteingang.html))

In allen ostdeutschen Bundesländern gibt es mittlerweile „Mobile Beratungsteams“, die bei der Erkennung, Analyse und Bekämpfung von rechtsextremistischen Aktivitäten auf kommunaler Ebene helfen. Sie sind ideale Ansprechpartner z.B. für Kommunalpolitiker/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und Bürgerinitiativen. Ihre Adressen sind zusammengestellt unter [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/links2.php?pid=51](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/links2.php?pid=51)

Informationen gegen Rechtsextremismus – vor allem für Schulen und Lehrer/innen – finden sich unter anderem hier:

[www.schule-fuer-toleranz.de](http://www.schule-fuer-toleranz.de)  
[www.learn-line.nrw.de/angebote/rechtsextremismus/medio/index.html](http://www.learn-line.nrw.de/angebote/rechtsextremismus/medio/index.html)  
[www.internetgegenrechts.de](http://www.internetgegenrechts.de)

Umfangreiches Material bietet auch die Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung:

[www.fes-online-akademie.de/index.php?&scr=themen&t\\_id=1](http://www.fes-online-akademie.de/index.php?&scr=themen&t_id=1)

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum in Berlin ([www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)) verfügt über einen riesigen Fundus von Informationen und Originalquellen zum Rechtsextremismus und vermittelt auch Referenten/innen zum Thema.

Last but not least:

Juristischer Rat für den Umgang mit Rechtsextremisten findet sich zum Beispiel unter [www.rechtgegenrechts.org](http://www.rechtgegenrechts.org) oder bei den „Mobilen Beratungsteams“ (siehe oben).



## Rechtsextremismus und Medien – Informieren statt Moralisieren. Zur Notwendigkeit einer verbesserten Berichterstattung über Rechtsextremismus

Man kann den hiesigen Medien kaum den Vorwurf machen, den Rechtsextremismus in Deutschland auszublenden.<sup>1</sup> Die Berichterstattung über die Vielzahl von rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten sowie über die Wahlerfolge von NPD oder DVU ist zwar nicht als kontinuierlich zu bezeichnen – zu hoch sind die Schwankungen medialer Aufmerksamkeit, zu hoch auch die Anzahl nicht oder kaum zur Kenntnis genommener Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund. Gleichwohl ist die Anzahl der Beiträge zum Thema Rechtsextremismus beachtlich, das Engagement zahlreicher Journalisten unbestritten, und die Bemühungen um eine stete Verbesserung der Beitragsqualität unverkennbar. Dies gilt mit Einschränkungen für die Medienlandschaft allgemein, und es gilt insbesondere für das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das Gegenstand einer von der Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) unterstützten und jüngst veröffentlichten Studie der ARD/ZDF-Medienkommission war. Insgesamt 4688 Sendebeiträge oder 354 Programmstunden strahlte das öffentlich-rechtliche Fernsehen in den Jahren 2000 und 2001 zum Thema Rechtsextremismus aus. Basierend auf einer normativ vorgegebenen demokratischen Grundorientierung war es dabei eindeutig in seiner Positionierung gegen Rechtsextremismus, seine Journalisten wurden vom moralischen Impetus geleitet, dass ihre Beiträge „aufklären, aufrütteln und betroffen machen“ sollen.<sup>2</sup>

Diese Prämisse muss vorausgeschickt werden, um zu betonen, dass es weniger am aufklärerischen Selbstverständnis der Journalisten, nicht an der demokratischen Grundhaltung der Medien, und auch eher nicht an der Bereitschaft der Programmierer zur Verbesserung der Beiträge liegt, wenn die Berichterstattung der Medien zum Thema Rechtsextremismus in

Deutschland gleichwohl als defizitär einzustufen ist. Immerhin ist in den letzten Jahren ein gesteigertes Bewusstsein für die Problematik der Verwendung von O-Tönen rechtsextremistischer Protagonisten zu verzeichnen, immerhin werden in kleinem Maßstab Fortbildungen veranstaltet oder geplant, und immerhin untersuchen – wie im vorliegenden Fall die ARD/ZDF-Medienkommission – die Medien ihre eigene Berichterstattung, um ein besseres Verständnis über Inhalte und mögliche Wirkungen ihrer Beiträge zu erlangen.

Wenn trotzdem von einer ungenügenden und mitunter problematischen Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus zu sprechen ist, hat dies im Wesentlichen vier Gründe:

- Viele Journalisten übernehmen unhinterfragt oder aus eigener Überzeugung eine von der Politik praktizierte Doppelstrategie der Kriminalisierung und Ausgrenzung, ohne ausreichend Raum für eine politische Auseinandersetzung einzuräumen. Dies ist ein Problem des öffentlichen Diskurses, der die politische Herausforderung des Rechtsextremismus vorrangig auf eine juristische oder moralische Angelegenheit reduziert.
- Ebenso wie die Politik legen auch die Medien zumeist eine reaktive Haltung an den Tag, die sich stärker an spektakulären Zwischenfällen oder Wahlergebnissen ausrichtet. Es mangelt an Kontinuität bei der Berichterstattung über Strukturen rechtsextremistischer Organisationen oder Szenen sowie generell über die Dauererscheinung von verbreiteten rechtsextremistischen Einstellungen. Dies ist ein Problem der ereignisbezogenen Chronistenrolle, die bei der Ausleuchtung von gesellschaftspolitischen Hintergründen schnell an ihre aufklärerischen Grenzen stößt.
- Die Darstellungsweise von rechtsextremistischen Tätern und Wortführern wird zu häufig dramatisierend, unreflektiert emotionalisierend oder stereotypisierend vorgenommen, sei es durch unbedachten Rückgriff auf Archivbilder oder durch Pauschalisierungen. Dies ist auch ein Problem der Mechanismen des Tagesjournalismus, der gleichzeitig einem Visualisierungs-, einem Zeit- und einem Quotendruck unterliegt.
- Schließlich wird Rechtsextremismus zumeist als eine monolithische und in seiner

1) Für Kommentare und Anregungen danke ich Sabine Donner (Bertelsmann Stiftung), Dr. Ekkehardt Oehmichen (Leitung Medienforschung, Hessischer Rundfunk), Britta Schellenberg (Centrum für Angewandte Politikforschung), Michael Seberich (Bertelsmann Stiftung) und Toralf Staud (Journalist und Buchautor).

2) Ekkehardt Oehmichen, Imme Horn und Sylvia Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen: Inhalts- und Rezeptionsanalysen der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen“ in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2005, S. 146-207, Sendedaten auf S. 151, Zitate auf S. 164 und 160.

„Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“  
Dokumentation des E&C-Werkstattgesprächs am 8. Mai 2006 in Berlin

Gänze nicht nachvollziehbare Gesinnung verstanden und dargestellt, ohne seine autoritären, fremdenfeindlichen, antisemitischen und intoleranten Bestandteile im Einzelnen ausreichend zu beleuchten. Damit wird deren Anziehungskraft auf weit größere Teile der Bevölkerung kaum thematisiert, die rechtsextremistische Gewalttaten ablehnen, aber strukturelle Gewalt gegen Migranten oder die Ausgrenzung von nicht Normkonformen durchaus befürworten. Dies ist ein Problem einer bequemen und letztlich unaufrichtigen Betrachtungsweise (beileibe nicht nur in den Medien), die es zulässt, dass hinter dem Zerrbild Rechtsextremismus dessen Kernkomponenten wie Alltagsrassismus oder autoritätsfixierte Einstellungen verschwinden.

### **I. Es gilt das Argument: Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung**

Angesichts der Vielzahl von Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist es verständlich, dass der kriminelle Aspekt des Rechtsextremismus einen breiten Raum in der Berichterstattung einnimmt. Zudem sind Überfälle auf Menschen mit anderer Hautfarbe oder anderen Ansichten, der Vertrieb von Hasspropaganda und das Verwenden verbotener Symbolik nicht nur gesetzeswidrig, sondern moralisch verwerflich. Von daher ist es wenig überraschend, dass im öffentlichen Diskurs – medial wie politisch – eine Doppelstrategie aus Kriminalisierung und moralischer Verurteilung dominiert.

Natürlich ist es sinnvoll, kriminelle Handlungen auch als solche zu benennen, und nur allzu nachvollziehbar, Empörung und Abscheu auch entsprechend auszudrücken. Problematisch aber wird es, wenn sich die Auseinandersetzung auf diese beiden Aspekte beschränkt. Rechtsextremismus ist ein politisches Phänomen und muss entsprechend auch politisch bekämpft werden. Sonst droht eine Entpolitisierung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, in der sich Demokraten ihrer schärfsten Waffe, dem politischen Argument, begeben.

Wie bedenklich eine Verengung auf rechtliche oder moralische Aspekte sein kann, hat beispielsweise die Debatte um ein Parteiverbot der NPD in den Jahren 2000 und 2001 illustriert, die als ein warnendes „Lehrstück über symbolische Politik“ anzusehen ist. An deren Ende stand – was nicht verboten ist, ist erlaubt – sogar ein gewisser Gewinn an Legitimität für die Partei.<sup>3</sup> Die Problematik einer entpolitisier-

ten Betrachtungsweise wird gestärkt durch ein geradezu reflexhaftes Bedürfnis in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens, den Rechtsextremismus als „abnorme“ Erscheinung zu brandmarken, abnorm im Sinne der gesellschaftlichen Werte oder abnorm im Sinne geltender Gesetze. Das aber ist zu einfach. Angesichts fremdenfeindlicher Ressentiments oder autoritärer Bedürfnisse, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, sind Ideologeme des rechtsextremistischen Weltbildes bei weitem nicht so klar ausgrenzbar wie auch in den Medien häufig suggeriert wird. Widerspruch und Gegenmaßnahmen dürfen sich genau deshalb nicht auf kriminelle oder verfassungsfeindliche Handlungen beschränken, denn dies hieße, alle im legalen Raum vollzogenen Äußerungen und Aktivitäten unkommentiert und unwidersprochen zu lassen.

In der Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ haben Medienforscher von ARD und ZDF im herrschenden politischen Diskurs eine „Doppelstrategie der Kriminalisierung und der verschärften mentalen und moralischen Ausgrenzung mit den Mitteln der symbolischen Politik und der Inszenierung von Selbstverständigungsritualen als Ersatz für eine substantielle politische Auseinandersetzung“ gegenüber dem Rechtsextremismus konstatiert und das daran orientierte Selbstverständnis von zahlreichen Journalisten und Redakteuren kritisch hinterfragt:

*Die Medien haben [...] ein Verhältnis zur Politik entwickelt, in dem sie in erster Linie als „Bündnispartner“ der Ausgrenzungsstrategie und der symbolischen Politik agieren, statt Distanz zu wahren und als kritischer Konterpart des politischen Systems die offensive politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einzufordern. An die Stelle von Aufklärung, Ursachenanalyse und politischer Auseinandersetzung neigen sie dazu, eine Gefühlskultur gegen Rechts zu etablieren und damit das Extremismusproblem zu entpolitisieren.<sup>4</sup>*

Die Doppelstrategie von Kriminalisierung und Ausgrenzung hat sich im medialen Raum überdies als stumpfes Instrument erwiesen. Dies zeigt sich besonders deutlich in der direktesten Form der politischen Auseinandersetzung, dem Fernsehinterview. „Wann sagen Sie den Wählern, die Sie hier gewählt haben, dass Sie eigentlich Neonazis sind?“, diese Frage der Leiterin der ZDF-Hauptredaktion Innenpolitik

---

bedenklichen, die NPD noch legitimierenden Ausgang der Verbotsdebatte: „Wenn sie nicht verboten wurde, hört man heute häufig zum Beispiel in den neuen Ländern, könne sie ja so schlimm nicht sein.“, S. 57.

4) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 150.

3) Siehe Toralf Staud, *Moderne Nazis: Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2005, S. 60-66, Zitat auf S. 60. Auch Staud verweist auf den

„Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“  
Dokumentation des E&C-Werkstattgesprächs am 8. Mai 2006 in Berlin

Bettina Schausten an den sächsischen NPD-Spitzenkandidaten Holger Apfel nach dessen Wahlerfolg im September 2004 illustriert das Dilemma.<sup>5</sup> Im Bedürfnis, dem NPD-Mann keinen propagandistischen Auftritt zu ermöglichen, wurde zum stärksten, aber eben auch letzten Mittel gegriffen – er möge sich doch bitte selber außerhalb des etablierten und akzeptablen politischen Diskurses verorten, so dass eine weitere Auseinandersetzung nicht mehr nötig sein müsse. Die ZDF-Journalistin, die in der Runde der Spitzenkandidaten von den anderen Politikern „spontan und ohne vorherige Ankündigung“ im Stich gelassen wurde, sah für sich keine Alternative, als dann die Runde abzubrechen, „um dem NPD-Mann die Bühne nicht ohne politischen Widerpart zu überlassen.“<sup>6</sup> Sie selber wollte die Rolle der kritischen Antagonistin nicht ausfüllen, auch weil es „bisher kein allgemein geltendes Positivbeispiel“ gebe, „in dem ein Interviewer einen rechtsextremen Gesprächspartner wirklich ‚geknackt‘ hätte.“<sup>7</sup>

Auch wenn es nicht allzu viele vorbildliche Interviews mit Rechtsextremen gibt, kann die inhaltliche Bankrotterklärung der Gesprächsverweigerung natürlich nicht ernsthaft als gangbare Strategie verkauft werden – weder von demokratischen Politikern, die Diskussionsforen ohne Kommentar verlassen, noch von Journalisten. „Die stärksten Waffen des Journalisten“, schreibt Markus Brauck in der Frankfurter Rundschau zu Recht, „sind immer noch die Fakten.“ Er zeigt sich irritiert, dass Interviews mit Rechtsextremen zu einer „eigenständigen journalistischen Disziplin“ erhoben werden, anstatt sich gerade hier auf die Grundregeln journalistischer Arbeit zu besinnen: „Vorbereitung, Vorbereitung, Vorbereitung. Wissen draufsatteln und Fakten parat haben. Nicht zulassen, dass die Fakten verdreht werden. Dann zeigen die Rechten schon allein, wes Geistes Kind sie sind.“<sup>8</sup> Friedrich Küppersbusch, dem vielerorts bescheinigt wird, er habe eines der seltenen Positivbeispiele in seinem Interview mit dem Rechtspopulisten Jörg Haider geliefert, bezeichnet dies als Mutprobe für Journalisten, in solchen Situationen „ergebnisoffen, gut informiert, selbstbewusst

und angstlos“ aufzutreten.<sup>9</sup>

Es geht deshalb nicht, wie Bettina Schausten mutmaßt, um „allerhöchste, teils auch überhöhte Ansprüche“ an Journalisten, wenn ihnen zugetraut wird, auch live rechtsextreme Argumentationsmuster zu erkennen, zu durchbrechen und zu widerlegen.<sup>10</sup> Allerdings erfordert dies eine besondere Form der Vorbereitung, die sich nur zum Teil an bewährtem journalistischem Handwerkszeug orientieren kann. Außergewöhnlich ist die Interviewsituation mit Rechtsextremen nicht, weil deren Argumenten so schwer zu entgegnen wäre, sondern weil es diesen nur partiell um eine inhaltsbezogene politische Auseinandersetzung geht.

Hier ist es angebracht, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und sich zu vergewärtigen, was sich Rechtsextreme von einem Auftritt vor der Kamera versprechen. Deren Zielsetzung ist zweistufig und teilt sich auf in Pflicht und Kür. Zum Pflichtprogramm gehört die gezielte Provokation, die Botschaft für die eigene Anhängerschaft. Der zentrale Bestandteil der Medienstrategie von Rechtsextremisten ist, sich bewusst außerhalb der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung zu verorten und durch empörte Reaktionen gesteigerte Aufmerksamkeit zu erlangen. Es müsse „hin und wieder ein Tabubruch vollzogen werden, damit sich die NPD in Erinnerung ruft“, so der sächsische NPD-Chef Holger Apfel.<sup>11</sup> Der widerliche Begriff vom „Bomben-Holocaust“ ist ein klassisches Beispiel für diese Form der Provokation. Das Pflichtprogramm ist wiederum aufgeteilt in drei Parts: zum einen der publizitätsträchtige Tabubruch, zum zweiten die Selbstvergewisserung der rechten Wähler und Gefolgsleute, dass ihre Abgeordneten und Vertreter unbeugsam bleiben, sich nicht vereinnahmen lassen und ungeschminkt auftreten, und zum dritten die Einnahme einer Opfer- und Anklägerrolle gegenüber den Medien als Teil des „Systems“, das ihre Meinungen verzerrt, unterdrückt oder marginalisiert. Unter diesen Prämissen muss der Fernsehauftritt nach den sächsischen Landtagswahlen im September 2004 als ausgesprochen gelungen für die NPD verbucht werden, wie der Journalist Toralf Staud ausführte:

*Fraktionschef Holger Apfel grinst breit, wenn er über die ersten Stunden, Tage und Wochen nach der Wahl redet, er hört gar nicht mehr auf zu spotten. Kopflose Fernsehmoderatoren fauchten ihn am Wahlabend vor laufender Kamera an. „Etwas Besseres hätte uns gar nicht passieren können“, sagt Apfel. Millionen von*

5) Siehe hierzu auch Susanne Gaschke, „Nazis! Im Fernsehen? Als ARD und ZDF kritischen Journalismus simulierten“ in: Die ZEIT, Nr. 40 (2004), Zitat ebenda.

6) Bettina Schausten, „Ein Wahlabend im September: Zum Umgang mit Rechtsextremen im Fernsehen“ in: ZDF Jahrbuch 2004, abrufbar unter [www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm](http://www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm).

7) Schausten, „Ein Wahlabend im September“, [www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm](http://www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm).

8) Markus Brauck, „Grundrechenarten üben! Der erstarkende Rechtsextremismus stellt den Fernsehjournalismus offenbar vor große Probleme“ in: Frankfurter Rundschau vom 29. September 2004.

9) Friedrich Küppersbusch, „Possierlicher Nebenwiderspruch“ in: die tageszeitung vom 23. Februar 2000, S. 12.

10) Schausten, „Ein Wahlabend im September“, [www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm](http://www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm).

11) Zitiert nach Staud, *Moderne Nazis*, S. 117.



*Zuschauern konnten live erleben, wie er unfair behandelt wurde, eine argumentative Auseinandersetzung fand nicht statt.*<sup>12</sup>

Zur Kür zählt dann die Vermittlung von politischen Botschaften, die an Ressentiments und Vorurteile in breiteren Gesellschaftsschichten anknüpfen können. Erst an dieser Stelle sind Rechtsextreme zu kohärenten Argumentationsmustern gezwungen, denen ein Journalist inhaltlich begegnen kann.

Das Rüstzeug, das Journalisten unabhängig vom Sendeformat (Interview, Reportage, Meldung) entsprechend mitbringen müssen, ist dreiteilig. Erstens die Kommentierung: Eine politische Provokation darf nicht unkommentiert im Raum stehen bleiben, sie muss eingeordnet und dechiffriert werden. Das heißt, dass ein Interview nicht abgewürgt werden sollte, dass ein O-Ton in einer Reportage nicht ohne Kommentar oder Widerspruch bleiben darf, und dass eine Meldung in einen erläuternden Zusammenhang gestellt werden muss. Zweitens der Dialog: Rechtsextremen sollte das Einnehmen einer Opferrolle erschwert werden, indem die Spielregeln der medialen Auseinandersetzung eingehalten werden und offensiv auf sie verwiesen wird. Auf einen Tabubruch oder eine isolierte Platitüde sollte demnach immer eine inhaltliche Nachfrage folgen, die den rechtsextremen Gesprächspartner zu einer klareren Positionierung und schließlich zur Demaskierung zwingt. Bei einer fortwährenden Weigerung des Gesprächspartners, das dialogische Prinzip zu berücksichtigen, kann dann im ungünstigsten Fall auch ein Gesprächsabbruch folgen, in dessen Folge den Zuschauern erläutert werden muss, dass ein konstruktiver Austausch von Argumenten vom rechtsextremen Gesprächspartner gezielt unterlaufen worden ist. Drittens das Argument: Ein Journalist muss sich darauf einstellen, dass sein Gesprächspartner zwar einer engstirnigen Ideologie anhängt, aber deshalb nicht dumm oder ungeschickt sein muss, sondern mitunter, wie der sächsische SPD-Fraktionschef Cornelius Weiss pointiert feststellte, „auf eine ekelhafte Weise intelligent“ sein kann.<sup>13</sup> Deshalb ist es unabdingbar, dass sich Journalisten vor einem Interview oder Beitrag mit rechtsextremen Argumentationsmustern und rhetorischen Tricks vertraut machen, um kompetent und sachkundig Paroli bieten zu können.

Die öffentlich-rechtlichen Sender haben auf Defizite der Berichterstattung, die unter ande-

rem in der von der Bertelsmann Stiftung unterstützten Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ benannt wurden, im Rahmen ihrer Fortbildungsangebote reagiert und bieten Seminare zum Thema Rechtsextremismus sowie inhaltliches und psychologisches Coaching für Redakteure und Moderatoren an.<sup>14</sup> In solchen Schulungen wird es neben der Förderung von inhaltlichen und rhetorischen Fähigkeiten zentral sein, das Selbstverständnis der Journalisten im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus zu thematisieren. Ein moralisch überhöhtes „Anti-Rechts-Klima“, so mahnen die Medienforscher von ARD und ZDF, habe keinen „hinreichenden rationalen Kern“ für eine erfolgreiche Auseinandersetzung.<sup>15</sup> Zur besseren Gesinnung müssen auch die besseren Argumente treten.

## **II. Nicht wegzappen: Die Bedeutung kontinuierlicher Berichterstattung**

Im Rahmen des Projekts „Strategien gegen Rechtsextremismus“ von Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) wurden die Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienforscher zur öffentlich-rechtlichen Berichterstattung wiederholt diskutiert – in Diskussionsrunden mit einem Expertenbeirat aus Politik, Wissenschaft und Praxis, sowie in einem Journalistenworkshop, zu dem erfahrene Redakteure und Medienexperten eingeladen wurden. Gerade diejenigen Teilnehmer, die in zivilgesellschaftlichen Projekten vor Ort für Demokratie und Toleranz eintreten, beklagten sich über eine unregelmäßige und auf spektakuläre Ereignisse fixierte Berichterstattung. Umgekehrt betonten Medienvertreter, dass dem Thema Rechtsextremismus kontinuierlich relativ viel Sendezeit eingeräumt werde. Durch die Teilstudie „Rechtsextremismus und Fernsehen“, in der die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender in den Jahren 2000 und 2001 analysiert wurde, durften sich beide Seiten in ihrer Wahrnehmung bestätigt sehen – viel Licht, aber auch viel Schatten.

Zu den positiven Kernergebnissen der Studie ist der Gesamtumfang der Berichterstattung

14) Siehe Oliver de Weert, „Bitte nicht noch einen Live-Eklat: Wie ARD und ZDF gestandene Moderatoren trainieren, beim Interview mit der NPD die Fassung zu bewahren“ in: Die Welt vom 17. Februar 2005 und Wolfgang Kapust, „Eine mühsame Herausforderung: Rechtsextremismus und Fernsehen“ in: Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg und Michael Seberich (Hrsg.). Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2005, S. 75-79, hier S. 77-78. Zu den Seminarangeboten siehe die Webseite der ZFP, „Zentrale Fortbildung Programm“ von ARD und ZDF unter <http://zfp.de/index.php>.

15) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 165.

12) Staud, Moderne Nazis, S. 105.

13) Weiss sprach im Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin am 10. Dezember 2004 von einer „Intelligenz ohne Gewissen“ und mahnte: „Wir brauchen gute Sachargumente, um die Demokratie zu verteidigen.“ Das Interview ist abrufbar unter [www.heute.de/ZDFheute/inhalt/31/0,3672,2235839,00.html](http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/31/0,3672,2235839,00.html).

über Rechtsextremismus im Untersuchungszeitraum zu rechnen. Mit knapp 5000 Sendebeträgen und über 350 Programmstunden wurde in den öffentlich-rechtlichen Programmen insgesamt durchschnittlich knapp eine halbe Stunde pro Tag für die Behandlung des Themas aufgewendet. Mit Ausnahme der ersten vier Wochen des Jahres 2000 (im Schnitt 5 Beiträge pro Woche) und der letzten drei Wochen des Jahres 2001 (im Schnitt 4 Beiträge pro Woche) sowie einer Woche im Juni 2000 (7 Beiträge) und einer Woche im Oktober 2001 (9 Beiträge) lag die Anzahl der Beiträge pro Woche stets im zweistelligen Bereich. In der zweiten Jahreshälfte 2000 bezifferte sich die durchschnittliche Wochenzahl von Beiträgen aufgrund aktueller Ereignisse<sup>16</sup> sogar auf über 100. In über zwei Dritteln des Untersuchungszeitraums gab es mindestens 20 Beiträge zum Thema Rechtsextremismus pro Woche. Sowohl hinsichtlich des Umfangs wie auch der Regelmäßigkeit ist somit durchaus von einer kontinuierlichen Berichterstattung zu sprechen.<sup>17</sup>

Ein kritischeres Bild ergibt sich allerdings, wenn nicht die Anzahl der Beiträge an sich, sondern deren Formate in den Blick genommen werden. Hier zeigt sich, dass „die TV-Berichterstattung vor allem eine Angelegenheit des tagesaktuellen Journalismus“ ist. Hintergrundanalysen und nicht ereignisbezogene journalistische Recherchen lagen nur sechs Prozent der Beiträge (oder 18 Prozent der Sendezeit) zugrunde. Über drei Viertel der Beiträge hatten nachrichtlichen oder ereignisbezogenen Charakter. Entsprechend überwogen als Formate mit insgesamt 94 Prozent der Beiträge die Magazine (60 Prozent) und die Nachrichten (34 Prozent), während auf Dokumentationen oder längere Berichte lediglich drei Prozent der Sendungen entfielen, die dann immerhin 24 Prozent der Sendezeit einnahmen.<sup>18</sup>

Die Medienforscher von ARD und ZDF haben diese Aufschlüsselung nach Sendeformaten zwar mit der verhältnismäßig großen Anzahl tagesaktueller Ereignisse zum Thema Rechtsextremismus gerade im zweiten Halbjahr 2000 relativiert, halten aber selbstkritisch fest, dass „in der Breite eine enorme Themenpräsenz und Ereignisvielfalt, aber keine Intensivierung im Sinne von Vertiefung und Ursachenforschung“ festzustellen ist. Sie kommen zu dem Ergebnis,

dass die Dominanz von tagespolitischen und relativ kurzen Sendeformaten (Durchschnittslänge aller Beiträge: 4,5 Minuten) zu einem Aktualitätsdruck führt, der selten aufwändigere Recherchen erlaubt und damit eine Bearbeitung von schwerer fassbaren und visualisierbaren Themen wie „Rechte in Nadelstreifen“ oder intolerante und autoritätsgläubige Haltungen in breiteren Bevölkerungsschichten erschwert.<sup>19</sup>

Diese Verknüpfung von Quantität und formatbezogener Qualität der Beiträge wirft ein anderes Bild auf die Kontinuität von Aufklärung und Berichterstattung. Unter der Prämisse, dass Medien sich mit Blick auf eine angemessene Behandlung des Themas Rechtsextremismus nicht auf eine Chronistenrolle spektakulärer Zwischenfälle beschränken sollten, sondern auch lokale Hintergründe und gesellschaftspolitische Entwicklungen differenziert ausleuchten müssten, lässt sich von einer kontinuierlichen Berichterstattung mit diskontinuierlichem Aufklärungsgehalt sprechen. Damit soll nicht übersehen werden, dass es immer wieder zur Produktion und Ausstrahlung von ausführlicheren Beiträgen kommt, die in beispielhafter Weise anschauliche Hintergrundanalysen bieten.<sup>20</sup> Nur scheint dies punktuell zu erfolgen, ohne dass ein langfristiges Konzept zum Umgang mit rechtsextremistischen Entwicklungen erkennbar wäre. Schon eine fallstudienbezogene Untersuchung zur Fernsehberichterstattung aller Sender über den Rechtsextremismus in den Jahren 1998 bis 2001 kommt zu dem Ergebnis, „dass es einen binnengesteuerten, von den Programmverantwortlichen kontinuierlich verfolgten Rechtsextremismus-Diskurs im deutschen Fernsehen nicht gibt.“<sup>21</sup> In ihren Hinweisen zur Optimierung der Berichterstattung mahnen die ARD/ZDF-Medienforscher entsprechend an, dass „[r]echtsextreme Gewalttaten ... nur im Kontext gesellschaftspolitischer und ökonomischer Problemlagen zu verstehen“ sind und deshalb „die Ursachen, das geistige Umfeld oder auch die Defizite der öffentlichen Kommunikationskultur selbst zu benennen und näher aufzuarbeiten“ sind.<sup>22</sup>

Entsprechend wünschenswert wäre eine inhaltlich vertiefte, kontinuierliche Auseinan-

16) Ermordung von Alberto Adriano in Dessau, Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen, Sprengstoffanschlag auf eine S-Bahn-Haltestelle in Düsseldorf

17) Zum Umfang der Berichterstattung siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 151-153.

18) Zu den Sendeformaten siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 153-155, Zitat auf S. 153.

19) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 165-166, Zitate ebenda.

20) So werden seit knapp zwanzig Jahren herausragende Beiträge mit dem CIVIS-Medienpreis von ARD und Freudenberg Stiftung ausgezeichnet, siehe [www.wdr.de/tv/civis](http://www.wdr.de/tv/civis).

21) Hans-Jürgen Weiß und Cornelia Spallek. Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998-2001. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) 2002, S. 88.

22) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 203.

dersetzung mit dem Rechtsextremismus im Rahmen einer langfristigen Planung von Recherchen, Hintergrundberichten und Sendeplatzvergabe. Auch wenn spektakuläre Einzelfälle oder Wahlergebnisse ein besonderes Wahrnehmungsfenster für fundierte Analysen und längere Beiträge eröffnen, müsste eine zumindest partielle Loslösung von themenkonjunkturellen Schwankungen der öffentlichen Aufmerksamkeit erfolgen. Wie Britta Schellenberg vom Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) unlängst ausführte, gab es in den letzten 15 Jahren „drei intensive Phasen der Thematisierung ...“, die von längeren ‚Sendepausen‘ unterbrochen wurden“ und benennt den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen (1992/93), den DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt (1998) und die rechtsextremistischen Gewalttaten vom Sommer 2000 als Auslöser einer stärkeren, auch medialen, öffentlichen Aufmerksamkeit. Nach ihrer Einschätzung handelt es sich nicht um eine „wellenförmige Berichterstattung“, sondern um „ein plötzliches Hochschnellen des Interesses am Thema“, das dann sukzessive wieder abflaut.<sup>23</sup> Ein ähnlicher Ablauf konnte im Herbst 2004 und im Frühjahr 2005 auch in Reaktion auf den NPD-Wahlerfolg in Sachsen und den Gedenktag der Bombardierung Dresdens beobachtet werden. Diese starken Pendelschläge von öffentlicher Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung kontrastieren natürlich mit der gleich bleibenden oder in einigen Regionen auch ansteigenden Anziehungskraft rechtsextremistischer Gesinnungen und der seit mehreren Jahren detailliert aufgeführten Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen.<sup>24</sup>

Eine kontinuierliche und aufwändige Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus würde in erster Linie den Mut von Programm-machern und Chefredakteuren erfordern, das betriebswirtschaftliche Risiko zu tragen, sich jenseits der ausgetretenen Pfade der Meinungskonjunktur bei Bedarf auch antizyklisch zu verhalten. Es würde ein journalistisches Selbstbewusstsein erfordern, dass Zuschauer und Leser für Themen des gesellschaftlichen Miteinander bei entsprechender sorgfältiger und anschaulicher Aufbereitung auch dann zu gewinnen sind, wenn der demokratische und tolerante Wertekonsens nicht gerade wieder spektakulär infrage gestellt worden ist. Kurz, es

23) Britta Schellenberg, „Rechtsextremismus und Medien“ in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 39-45, Zitate auf S. 40 und 41.

24) Siehe Wilhelm Heitmeyer, „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004“ in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 3. Frankfurt am Main: suhrkamp 2005, S. 13-36.

„Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“  
Dokumentation des E&C-Werkstattgesprächs am 8. Mai 2006 in Berlin

bedarf einer Zuversicht, dass Medien Themen „setzen“ können, die sie selber als wichtig und von herausragender Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und die politische Auseinandersetzung identifiziert haben.

Wenn diese Voraussetzung gegeben ist, können die operativen Rahmenbedingungen für eine dauerhafte und intensive journalistische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausgestaltet werden. Dazu zählt zunächst der gezielte Auf- und Ausbau von Fachwissen in den Redaktionen zum Thema Rechtsextremismus, der es erlauben würde, eigene Schwerpunktsetzungen und gezielte Recherchen durchzuführen sowie im Idealfall ein längerfristiges Konzept der Berichterstattung mit aufeinander aufbauenden Beiträgen zu entwickeln.

Einrichtungen wie die „Zentrale Fortbildung Programm“ von ARD und ZDF bieten aus diesem Grund ein breit gefächertes Seminarprogramm an, das von allgemeinen Themen wie „Rechtsextremismus und Alltagskultur“ bis zu spezifischen Informationen über „Polizeieinsätze gegen Neonazis“ oder „Rechtsradikalismus in der Schule“ reicht.<sup>25</sup> Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwirft derzeit in Zusammenarbeit mit der Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ einen Workshop für Lokalredakteure zu Umgang mit und Berichterstattung über Rechtsextremismus vor Ort. Solche und ähnliche Fortbildungsangebote gilt es auszubauen, da sie nicht nur die Spezialisierung von Journalisten fördern, sondern auch eine Vernetzung von engagierten Redakteuren ermöglichen, die sich über ihr Fachwissen und ihre journalistischen Strategien austauschen können.

Schließlich muss der Faktor Zeit berücksichtigt werden, der sowohl für die Teilnahme an Seminaren wie für das Durchführen einer aufwändigen Hintergrundrecherche von Bedeutung ist. Deshalb wäre eine bewusste und von Chefredakteuren mitgetragene „Entschleunigung“ der Redaktionsarbeit wünschenswert, die eine fundierte und kontinuierliche journalistische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erlaubt.

### **III. Die gute Absicht reicht nicht: Die Bedeutung einer reflektierten Berichterstattung**

Auch wenn nur ein relativ kleiner Teil der Beiträge in den Medien auf einer aufwändigen Recherche basiert und Hintergrundanalysen bietet, so nehmen diese Artikel oder Sendungen gemessen an Spaltenzahl oder Ausstrahlungs-

25) Zu den Seminarangeboten siehe die Webseite der ZFP, „Zentrale Fortbildung Programm“ von ARD und ZDF unter <http://zfp.de/index.php>

zeit einen signifikanten Raum ein. Im Fall der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens entfiel auf Dokumentationen oder längere Berichte immerhin ein knappes Viertel der Sendezeit. Hier allerdings stellt sich die Frage nach der Qualität und der zu erwartenden Wirkung dieser Beiträge. Ein ausführlicher Bericht gewährleistet auch bei aller guten Absicht des Autors nicht allein aufgrund seiner Länge einen Mehrwert hinsichtlich Aufklärung und politischer Auseinandersetzung. Hier ist das Fernsehen als ein mehrere Sinne bedienendes und emotionaler wirkendes Medium zu besonderer Vorsicht aufgefordert. Aus diesem Grund haben sich Medienforscher von ARD und ZDF in Zusammenarbeit mit dem Ernest Dichter Institut und der Universität Frankfurt am Main in der genannten Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ über die Inhaltsanalyse hinaus auch mit der Reaktion von verschiedenen Rezipientengruppen auf ausgewählte längere Beiträge beschäftigt.<sup>26</sup>

Insbesondere die in Seminaren mit Prof. Hans-Dieter König durchgeführte tiefenhermeneutische Analyse dechiffrierte problematische latente Botschaften, die entgegen den eigentlichen Absichten der Journalisten unterschwellig vermittelt wurden. In einem alarmistisch gehaltenen Beitrag zu „Neonazis in Dortmund“<sup>27</sup> beispielsweise produzierten düstere Bilder von Springerstiefeln und Schatten auf nassem Asphalt, unkommentierte fremdenfeindliche Aussagen von befragten Bürgern und martialische Szenen von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Rechtsextremisten das Bedrohungsszenario einer von militanten Rechten terrorisierten Stadt, vor deren Herrschaft alleine noch die Staatsgewalt schützen kann. Frauen kommen in dem Beitrag nur in Nebenrollen vor, sei es als verängstigte Opfer, kopftuchtragende Türcinnen oder als fremdenfeindliche Kioskbesitzerin, in den Hauptrollen hingegen sind kämpferische Männer von Polizei und Naziszene zu finden, die um die Vormacht in Dortmund ringen. Alltagsrassismus und Xenophobie schließlich werden thematisiert, allerdings nur durch die nicht eingebettete Wiedergabe von fremdenfeindlichen Parolen, während Migranten im Beitrag nicht zu Wort kommen und lediglich in einer kurzen Sequenz auf dem Wochenmarkt dargestellt werden. Dortmund scheint aus den Fugen geraten zu sein, und der Beitrag schließt dann auch mit den Worten „Eine Stadt kommt

nicht zur Ruhe“.<sup>28</sup>

Während in oberflächlicher Betrachtung nachzuvollziehen ist, dass der Autor vor rechts-extremistischen Tendenzen in Dortmund war- nen und eine argumentativ sinnvolle Verbin- dung zum grassierenden Alltagsrassismus herstellen möchte, gehen die latent übermit- telten Botschaften in eine problematische Rich- tung. Zentrale Aspekte des Beitrags sind, dass politische Auseinandersetzung über militante Handlungen ausgetragen wird, dass ein starker Staat zur Befriedung einer Stadt nötig ist, dass politische Konflikte von Männern ausgetragen und entschieden werden, und dass Migranten je nach Sichtweise als Staffage oder Problem und nicht als handelnde Akteure wahrgenom- men werden. Diese gewaltfixierten, autoritäts- gläubigen, männerdominierten und ausgren- zenden Signale knüpfen fatalerweise an genau das Gedankengut an, zu dessen Überwindung der Autor vermutlich beitragen wollte. In der Rezipientenanalyse zeigte sich entsprechend auch, dass rechtsgerichtete Zuschauer den Beitrag eher als Bestätigung ihrer eigenen An- sichten aufnahmen. Die Dramatisierung und Überzeichnung des rechtsextremistischen Po- tentials in Dortmund hingegen wirkte erschre- ckend und bedrohlich auf demokratische Rezi- pienten.<sup>29</sup>

Machart und Wirkung dieses Beitrags ver- weisen exemplarisch auf die Notwendigkeit einer reflektierten Berichterstattung, die ein „[f]ilmisches Ausagieren unbewusster Emoti- onen“ vermeidet.<sup>30</sup> Rechtsextremistische Ein- stellungen oder Handlungen lösen gemeinhin auch beim Redakteur besonders starke gefühls- betonte Reaktionen aus, die er sich bewusst machen muss, um sie nicht ungefiltert und unhinterfragt an die Zuschauer weiterzuleiten. Dies soll gerade nicht heißen, dass ein Journa- list seine Wut, Angst oder Empörung komplett verdrängen oder ausblenden muss. Er sollte sich aber über seine Emotionen und Assozia- tionen im Klaren sein, um zu verhindern, dass er unterschwellig Botschaften mitsendet, die nicht in seinem Sinne sind, der beabsichtigten Wirkung zuwiderlaufen oder den Informations- und Aufklärungsgehalt des Beitrags schmäl- ern. Eine moderate und reflektierte Emotiona-

26) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 166-202.

27) Beitrag im Rahmen der Sendung „Tritte ins Gesicht: Rechte Gewalt in Deutschland“, ausgestrahlt vom Hes- sischen Rundfunk, Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg, Sender Freies Berlin und Westdeutscher Rundfunk am 13. Dezember 2000.

28) Der Beitrag wird detailliert besprochen in Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 196-202.

29) Die ARD/ZDF-Medienforscher merken kritisch an, dass von einem Auftreten von Neonazis in zwei Stadtteilen auf die soziale und politische Lage in Dortmund insgesamt geschlossen wird, unter Ausblendung von engagierter Jugendarbeit und von Initiativen, die sich gegen den Rechtsextremismus richten, siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 197-202, hier besonders S. 201.

30) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 179.



lisierung von Beiträgen kann Aufmerksamkeit steigern, die Identifikation mit Opfern stärken und zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen beitragen. Eine emotionale Überfrachtung hingegen nimmt Sendungen ihre analytische Glaubwürdigkeit, kann diffuse oder problematische Botschaften befördern und zudem zu einer gefühlsmäßigen Überforderung der Zuschauer führen.

Sicherlich nicht getrennt von dieser grundsätzlichen Problematik der latenten Botschaften waren bei einer Reihe von Sendungen handwerkliche Defizite zu beklagen, die zur Dramatisierung und Pauschalisierung noch beitragen. Eine zentrale Rolle nimmt hier die Bildauswahl ein. Gerade angesichts des Zeit- und Visualisierungsdrucks im Fernsbereich ist die Versuchung für Redakteure groß, auf vorhandenes Archivmaterial zurückzugreifen. Abgesehen davon, dass Archivbilder stets auch als solche gekennzeichnet sein müssten, birgt der Rückgriff auf zumeist stereotype Darstellungen aber die Gefahr, ein bestimmtes Bild martialischen Erscheinens von Rechtsextremisten zu perpetuieren (Springerstiefel, Aufmärsche, Fahnen, Glatzen), das nicht immer den tatsächlichen Geschehnissen vor Ort entspricht. Im ungünstigsten Fall überzeichnen nachgestellte oder archivierte Filmsequenzen ein rechtsextremistisches Bedrohungspotential und tragen zur Ermutigung der rechten Szene und zur Frustration der Demokraten bei. Die Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ kommt zu dem kritischen Fazit:

*Bei der visuellen Darstellung des Rechtsextremismus wird ein begrenztes Spektrum geläufiger rechter Symbole verwandt, die aufgrund ihrer häufigen Wiederholung stereotypen Charakter erhalten. ... Auffällig ... ist der erkennbare Zwang zur Visualisierung: Auch dort, wo vom Gegenstand oder Thema her keine Bilder notwendig sind, werden welche gezeigt. Hervorzuheben ist, dass in der Rechtsextremismus-Berichterstattung in hohem Maße auf Archivmaterial zurückgegriffen wird, das nur zum kleineren Teil als solches gekennzeichnet ist. Dabei werden vorzugsweise solche Bilder und Filmsequenzen ausgewählt, die möglichst spektakulär sind ... Die Archivbilder werden vielfach per Montage mit aktuellen Bildern verknüpft, sodass der Eindruck der Darstellung scheinbar authentisch ablaufender Ereignisse entsteht.<sup>31</sup>*

Aber auch bei authentischen Aufnahmen ist ein problematisches Wechselspiel von Auftritt und Wiedergabe zu beobachten, „vor allem im

31) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 159-160.

„Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“  
Dokumentation des E&C-Werkstattgesprächs am 8. Mai 2006 in Berlin

Hinblick auf die von Medien erlernte, medien-gerechte Inszenierung rechtsradikaler Provokation der Öffentlichkeit“, so die ARD/ZDF-Medienforscher. „Auf Seiten der Medien kann es zu Verzerrungseffekten kommen, sodass die Gefahr des Rechtsextremismus größer erscheint, als sie tatsächlich ist.“<sup>32</sup> Die Kombination von Visualisierungsdruck und Zeitmangel, gegebenenfalls kombiniert mit dem Bedürfnis nach Aufmerksamkeit oder Quote, verführt zur Wiedergabe von stereotypen Bildern, die hergebrachte Klischees bestätigen oder schockieren, aber nicht zur Auseinandersetzung anregen. Eine ähnlich ritualisierte Inszenierung lässt sich unschwer im allgemein gängigen politischen Diskurs, beispielsweise bei Demonstrationen und Protesten gegen Rechtsextremismus, konstatieren. Auch hier werden häufig und in bester Absicht die Erwartungen nach vertrauten Bildern und Verhaltensmustern bedient, die im ungünstigsten Fall die mediale Aufmerksamkeit für Rechtsextremisten noch verstärken.<sup>33</sup> „Eine größere Gelassenheit (und damit weniger Alarmismus) nützt der Demokratie“, so der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, „und schwächt den Extremismus.“<sup>34</sup>

Die durch Bildauswahl, Tonunterlegung und dramaturgische Abfolge beförderte konventionelle und verkürzte Berichterstattung birgt zwei wesentliche Gefahren. Zum einen werden stereotype Darstellungen des Rechtsextremismus der Vielschichtigkeit des Problems nicht gerecht und tragen deshalb trotz einer vordergründig alarmierenden Bildersprache eher zu einer Bagatellisierung bei. Die dumpfen rechten Schläger, deren Glatzköpfe die Bildschirme bevölkern, stellen leider nur eine Facette einer umfangreicheren politischen Herausforderung dar, jedoch entziehen sich die „Rechten in Nadelstreifen“ einer bequemen und anschaulichen Visualisierung. Die Bilder suggerieren, durchaus in Übereinstimmung mit der erwähnten problematischen Doppelstrategie aus Kriminalisierung und moralischer Ausgrenzung, dass die rechtsextremistische Bedrohung fast ausschließlich aufgrund ihrer Militanz und Aggressivität ein gesellschaftliches Problem darstellt. Die Notwendigkeit einer politischen und damit argumentativen Auseinandersetzung wird hierbei vernachlässigt. Zum zweiten birgt die dramatisierende Darstellung des rechtsextremistischen Bedrohungspotenti-

32) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 150.

33) Siehe Stefan Brams, „Der Provokation unaufgeregter begegnen: Experten der Bertelsmann-Stiftung empfehlen langfristige kommunale Bündnisse gegen Rechtsextreme“ in: Neue Westfälische vom 21. Februar 2006.

34) Eckhard Jesse, „Das Auf und Ab der NPD“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 31-38, hier S. 37.

als die Gefahr einer Ästhetisierung von rechts-extremistischen Aufmärschen oder Akteuren, die motivierend oder identifikationsstiftend auf labile Betrachter oder rechtsgerichtete Zuschauer wirken kann.<sup>35</sup>

Als Minimalprogramm gegen diese Probleme sollte eine kritische und bewusste Auseinandersetzung mit dem Visualisierungsdruck im Medium Fernsehen stehen. Hierzu zählt in erster Linie eine durchgängige Kennzeichnung von Archivbildern, ein reflektierter Umgang mit Bildmaterial und eine Vermeidung von suggestiven Schnittfolgen, aber auch verstärkte Anstrengungen, sich um alternative Darstellungen zu bemühen oder auf überflüssige Visualisierungen zu verzichten. Anspruchsvoller und angemessener noch wäre eine auch von den ARD/ZDF-Medienforschern geforderte Perspektivenvielfalt.<sup>36</sup> Anstatt in groben Dichotomien zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, sollten mehrere Blickwinkel eingebracht werden, von Tätern wie von Opfern, von Politikern und Experten wie vom politischen und sozialen Umfeld. Dazu gehört die aufwändigere Aufgabe, eine differenziertere Darstellung von Rechtsextremisten vorzunehmen, deren Denkmuster, Handlungskontexte und sozialen Hintergrund aufzuzeigen und damit stärker zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung beizutragen als durch pauschalisierende Bilder. Schließlich zählt zu einer reflektierten Berichterstattung auch die Fähigkeit, positive Identifikationsangebote zu unterbreiten, Engagementmöglichkeiten aufzuzeigen und so eine emotionale Überforderung des Zuschauers zu vermeiden.

#### **IV. Ausblick: Die Bedeutung einer differenzierten Berichterstattung**

Es ist ersichtlich, dass die bislang benannten Probleme der Berichterstattung alle in direkter Wechselwirkung mit einer insgesamt defizitären Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland stehen. Das Selbstverständnis von Journalisten lehnt sich an die auch von der Politik praktizierte Doppelstrategie von Kriminalisierung und moralischer Ausgrenzung an, die mangelnde Kontinuität von erläuternden und analysierenden Sendungen läuft parallel zu ausgeprägten Schwankungen der öffentlichen Wahrnehmung des Rechtsextremismus-Problems, und die vereinfachende und stereotypisierende Machart zahlreicher Beiträge knüpft an ein allgemein vorherrschendes, reduktionistisches Bild vom Rechtsextremismus an. Offenkundig ist, dass öffentlicher

Diskurs und sein Bestandteil der medialen Berichterstattung sich in der Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus wechselseitig verstärken. Die Fernsehberichterstattung bietet die Informationen und Erklärungsansätze, aus denen sich ein bestimmtes Bild des Rechtsextremismus erst formt, während umgekehrt die Sender mit Sehgewohnheiten und Themenkonjunkturen konfrontiert sind, denen sie aus Vermittlungsanliegen und Quotendruck meinen, Rechnung tragen zu müssen. Um zu einer differenzierteren Sichtweise des Rechtsextremismus in Deutschland und damit zu verbesserten Möglichkeiten der politischen Auseinandersetzung gelangen zu können, ist es notwendig, diesen Kreislauf der Selbstvergewisserung und Bestätigung von Vorurteilen zu durchbrechen. Hierbei können Fernsehjournalisten, können die Medien allgemein, einen wesentlichen Beitrag leisten.

#### *Differenzierung 1:*

*Rechtsextremismus ist nicht nur ein moralisches, sondern auch ein politisches Problem*

Dieser Aspekt ist nicht alleine mit Blick auf das journalistische Selbstverständnis im Umgang mit dem Rechtsextremismus oder die Machart der Beiträge wichtig, sondern er birgt auch eine inhaltliche Komponente. Die Medienforscher von ARD und ZDF haben aufgezeigt, dass zahlreiche Beiträge rechtsextremistische Gewalttaten primär als „zivilisatorischen Tabubruch ... brandmarken“. Gewalt erscheint dadurch als „quasi selbstevidentes Phänomen, das eher ‚beschworen‘ als problematisiert“ wird.<sup>37</sup> Die Frage nach den Ursachen der Gewalt erübrigt sich offenbar für viele Journalisten, wenn in normativer Ausgrenzung auf den Rechtsextremismus verwiesen wird. Hier entsteht ein inhaltliches Vakuum, wenn nicht der Frage nachgegangen wird, warum und wie aus aggressiven Einstellungen gewalttätige Handlungen werden. Hierzu würde allerdings zwingend das Eingeständnis gehören, dass der Rechtsextremismus ein ebenso ernstzunehmendes wie dauerhaftes gesellschaftliches Problem ist und keine temporäre moralische Desorientierung, die sich mitunter in Gewalt entlädt. Während dies vielen Journalisten, die sich seit Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen, auf einer kognitiven Ebene hinreichend klar sein dürfte, findet diese Einsicht keinen ausreichenden Eingang in die Berichterstattung. Statt einer detaillierten Ausleuchtung der gesellschaftspolitischen Ursachen des Rechtsextremismus und einer politischen Analyse seiner Erscheinungs-

35) Siehe hierzu ausführlicher Schellenberg, „Rechtsextremismus und Medien“, S. 43.

36) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 205.

37) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 161-162.

„Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“  
Dokumentation des E&C-Werkstattgesprächs am 8. Mai 2006 in Berlin

formen und lokalen Hintergründe steht nach Einschätzung der ARD/ZDF-Medienforscher die „Skandalisierung seines Vorhandenseins, seiner Erscheinungsformen und vor allem seines öffentlichen Auftretens“ im Vordergrund.<sup>38</sup> So verständlich der moralische Impuls ist, sich mit dem Rechtsextremismus als Dauerproblem nicht abfinden zu wollen, so wenig dient diese Haltung – wenn sie nicht von politischer Analyse begleitet wird – einer inhaltlichen Auseinandersetzung. „Moralische Empörung ist wohlfeil“, argumentiert Eckhard Jesse treffend zum Umgang mit der NPD, „trägt aber wenig zur Bekämpfung bei.“<sup>39</sup>

#### *Differenzierung 2:*

*Rechtsextremismus ist nicht nur wegen seiner Gewalttaten gefährlich, sondern auch wegen seiner Einstellungen*

Dieser Hinweis erscheint angesichts von alltäglichen Diskriminierungen von Minderheiten oder bedenklichen autoritätsgläubigen Strömungen eigentlich als selbstverständlich, aber er deutet auf einen problematischen blinden Fleck nicht nur in Berichterstattung, sondern auch bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Haltungen vor Ort hin. Wenn sich zivilgesellschaftlicher Widerstand oder eben journalistische Aufmerksamkeit auf Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wie martialische Auftritte, gewalttätige Handlungen oder Wahlerfolge von NPD oder DVU konzentrieren, dann schwindet die Wahrnehmung der langfristig bedrohlicheren Perspektive einer „kulturellen Unterwanderung“ durch rechtsextremistische Einstellungen, deren Protagonisten nicht mehr „dumpfe Stiefelträger“, sondern „alerte, kluge Herren“ sind.<sup>40</sup> Die bereits kritisch diskutierte Chronistenrolle der Medien fängt diese Aushöhlung des demokratischen und toleranten Wertekonsenses nicht ein, wenn sie sich auf spektakuläre Tabubrüche fixiert. Ein „Wehret den Anfängen“ erfordert mehr Aufmerksamkeit und die Thematisierung von Vorkommnissen oder gesellschaftlichen Trends, die schleichend an der kulturellen und politischen Subversion unseres demokratischen Gemeinwesens arbeiten, seien es rechte Unterwanderungen bei Schöffenbesetzungen oder Elternbeiräten, die Erweiterung des rechtsgerichteten Musikspektrums oder auch neue Modeentwicklungen im respektabler erscheinenden rechten Outfit.<sup>41</sup> Der politisch

organisierte Rechtsextremismus dockt zudem in seinen inhaltlichen Stellungnahmen gezielt an Themen an, die gesellschaftlich umstritten sind und mit denen eine hohe Mobilisierung erreicht werden kann. Das Spektrum reicht von sozialen Fragen wie Migration, Sozialreformen, Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeit über Fragen des gesellschaftlichen Selbstverständnisses wie Nationalismus, deutsche Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur bis hin zu außenpolitischen Themen wie Irakkrieg oder Islamismus. Es ist eine besondere journalistische Sensibilität erforderlich, um zu dechiffrieren, wie Hartz IV-Proteste oder Globalisierungskritik von Rechten vereinnahmt werden, welche Argumentationsmuster eine bedenkliche Nähe zu extremistischen Denkstrukturen aufweisen und ab wann eine Debatte ins Intolerante und Antidemokratische kippt. Hier ist im jugendkulturellen und lokalpolitischen Bereich eine besondere Wachsamkeit geboten.

#### *Differenzierung 3:*

*Rechtsextremismus stellt kein geschlossenes Weltbild dar, sondern bündelt autoritäre, intolerante und fremdenfeindliche Aspekte*

Um rechtsextreme Einstellungen zu erfassen, wird in der Forschung eine ganze Bandbreite von ideologischen Versatzstücken abgefragt, zu denen je nach Umfrage unter anderem Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, die Ablehnung von Demokratie und Pluralismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus zählen.<sup>42</sup> Einerseits ist klar, dass mehrere dieser Orientierungsmuster zusammenkommen müssen, damit von Rechtsextremismus gesprochen werden kann.<sup>43</sup> Andererseits handelt es sich, auch wenn sich die verschiedenen und heterogenen Einstellungsbausteine zu einem „Rechtsextremismussyndrom“ verdichten, „normalerweise nicht um eine geschlossene oder klar abgrenzbare Ideologie.“<sup>44</sup> Je nach regionaler Verortung, sozialer Lage, Geschlecht, Bildungsgrad und anderen Faktoren kann es zu stärkerer oder schwächerer Ausprägung der einzelnen

---

land“, S. 5, und Toralf Staud, „Der braune Pop“, in: Die ZEIT, Nr. 40 vom 23. September 2004.

42) Siehe beispielsweise den Überblicksartikel von Corinna Kleinert und Johann de Rijke, „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ in: Wilfried Schubarth und Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 167-198; sowie Oliver Decker und Elmar Brähler, „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 8-17.

43) Kleinert und de Rijke, „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, S. 171.

44) Kleinert und de Rijke, „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, S. 171.

---

38) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 162.

39) Eckhard Jesse, „Das Auf und Ab der NPD“, S. 37.

40) Siehe Annette Ramelsberger, „Erkundungen in Ostdeutschland“ in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 3-8, hier S. 4.

41) Siehe Ramelsberger, „Erkundungen in Ostdeutsch-

Orientierungsmuster kommen – beispielsweise ist der Antisemitismus in Westdeutschland, die Fremdenfeindlichkeit hingegen in Ostdeutschland ausgeprägter.<sup>45</sup> Diese Unterscheidungen sind wesentlich, damit sozialräumlich oder regional vorherrschende Argumentationsmuster besser entziffert und damit bekämpft werden können, und damit dem Rechtsextremismus keine größere Kohärenz zugeschrieben wird, als ihm zukommt, „so, als bedürfe es einer systematischen Schulung, um als Rechtsextremist zu gelten.“<sup>46</sup> Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus als in sich geschlossenes Weltbild trägt wesentlich zu dessen Dämonisierung als unfassbare, sich logischer Auseinandersetzung entziehende Gesinnung bei. Ein genaueres und differenzierteres Verständnis seiner Anschauungen hingegen ändert zwar nichts an der Ignoranz und Bösartigkeit von Kernkomponenten wie Rassismus oder Demokratiefeindlichkeit, aber es erschließen sich Argumentationsstränge, mit denen auf antisemitische, fremdenfeindliche oder autoritäre Parolen reagiert werden kann. Zum einen ist dies bedeutsam, da man als Journalist, Politiker oder Bürger nicht nur auf „dumme Jungen“, sondern auch auf durchaus „argumentationsfähige Repräsentanten der Szene“ treffen wird und argumentativ gewappnet sein sollte.<sup>47</sup> Zum anderen birgt ein offensives und kenntnisreiches Hinterfragen dieser versatzstückhaften und vorurteilsbehafteten Anschauungen stets auch die Möglichkeit, Rechtsextremisten wenn nicht zu überzeugen, so doch wenigstens zu irritieren und zum Nachdenken zu bringen.

#### *Differenzierung 4:*

*Rechtsextremismus ist nicht auf eine kleine und klar definierbare Gruppe begrenzt, sondern übt seine Anziehung bis in die Mitte der Gesellschaft aus*

Die hoffnungsvolle Grundannahme, sich auf einen stabilen und aktiv abrufbaren demokratischen und toleranten Wertekonsens bei Zuschauern und Leserschaft beziehen zu können, kennzeichnet offenbar einen erheblichen Teil der Berichterstattung über Rechtsextremismus. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich beispielsweise erklären, dass in vielen der von den ARD/ZDF-Medienforschern untersuchten Beiträge des öffentlich-rechtlichen Fernsehens eine argumentativ kaum untermauerte Skandalisierung des Rechtsextremismus vorherrschte,

45) Als aktuelle Erhebung hierzu siehe Decker und Brähler, „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, S. 12-17.

46) Kurt Lenk, „Rechtsextreme ‚Argumentationsmuster‘“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 17-22, hier S. 20.

47) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 204.

die „mehr auf Emotionalisierung und Dramatisierung als auf rationale Analyse setzt.“<sup>48</sup> Diese Herangehensweise aber ist höchst problematisch, da die Annahme, „Rechtsextremismus gebe es höchstens an den Rändern der Gesellschaft, während eine davon säuberlich getrennte ‚gesunde Mitte‘ dagegen immun sei, ... sich längst als Trugschluss erwiesen“ hat.<sup>49</sup> Eben weil der Rechtsextremismus aus verschiedenen ideologischen Versatzstücken besteht, sind einzelne Bestandteile dieses Weltbildes wie Fremdenfeindlichkeit oder autoritäre Gesinnung durchaus attraktiv für breitere Bevölkerungsschichten. „In etlichen Punkten ihres Programms,“ argumentiert der Journalist Toralf Staud primär mit Blick auf Ostdeutschland, „ist die NPD nur der extreme Ausdruck einer durchaus weit verbreiteten Stimmung: die Abschottung gegen Fremdes, Vorrechte für die Alteingesessenen, eine protektionistische Wirtschaftsordnung oder ganz allgemein die Hoffnung auf weniger Unsicherheit und weniger Flexibilisierung, die Sehnsucht nach mehr Homogenität ...“<sup>50</sup> Während er die Unterstützung von rechtsextremen Einstellungen in einigen Regionen bei knapp einem Drittel der Bevölkerung beziffert, warnen andere Autoren vor einem „Extremismus der Mitte“ oder zeigen steigende Zustimmungswerte für rechtsextreme Aussagen auch bei höherem Bildungsgrad auf und bringen dies mit der Angst des Mittelstands vor „sozialen Deklassierungen“ in Verbindung.<sup>51</sup>

Vor diesem Hintergrund sind vor allem zwei Aspekte für die Berichterstattung wesentlich: Zum einen gilt es zu bedenken, dass eine nicht unerhebliche Minderheit der Zuschauer oder Leserschaft rechtsaffine oder zumindest rechtsambivalente Einstellungen aufweist.<sup>52</sup> Appelle an einen demokratischen Wertekonsens drohen bei diesem Rezipientensegment ins Leere zu laufen, dramatisierende Beiträge hingegen können von diesen Zuschauern als Manipulationsversuch oder gar Bestätigung ihrer eigenen Ansichten aufgenommen werden. Dies unterstreicht die Bedeutung einer politischen Auseinandersetzung, die von Argumenten und Hintergrundanalysen getragen sein muss. Zum

48) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 166.

49) Lenk, „Rechtsextreme ‚Argumentationsmuster‘“, S. 18.

50) Toralf Staud, „Vormarsch in der Provinz“ in: Die ZEIT, Nr. 31 vom 28. Juli 2005.

51) Lenk, „Rechtsextreme ‚Argumentationsmuster‘“, S. 22; Decker und Brähler, „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, S. 16-17.

52) Aus genau diesem Grund haben die ARD/ZDF-Medienforscher die Wirkung von ausgewählten Beiträgen der öffentlich-rechtlichen Sender auf diese Zielgruppen untersucht, siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 166-202.



zweiten gilt es, jenseits der enger gefassten journalistischen Arbeit speziell zum Rechtsextremismus in reflektierter und sensibler Weise über solche Themen zu berichten, die Bestandteile rechtsextremer Einstellungsmuster sind oder bei denen sich die Rechten um plakative Themenhoheit bemühen: Migration, Israel und die jüdische Gemeinde in Deutschland, Gerechtigkeit, die Effizienz und Transparenz des politischen Systems oder die deutsche Geschichte.

Zwei wichtige Beispiele sind die Themen Nahostkonflikt sowie Zuwanderung. Zum ersten Thema führte Ulrich Beck aus, dass es gerade die Meinungs- und Pressefreiheit in Israel ist, die einen konstanten Strom von anklagenden Bildern zum israelisch-palästinensischen Konflikt gewährleistet. Dieser führt in Europa zu Israelkritik, die wiederum unter Ausblendung der „zentrale[n] Schlüsselunterscheidung von Juden und Israelis“ hierzulande schnell in „Judenkritik, Judenfremdheit, Judenfeindlichkeit“ umschlägt. Damit wollte Beck nicht die Berichterstattung über die „brutalen Militäraktionen der Sharon-Regierung“ oder die Verwendung der verfügbaren Bilder kritisieren, aber er verwies darauf, dass „das Mitleiden mit Anderen, weil es massenmedialisiert ist, selektiv konstruiert“ ist und vermisste ein Problembewusstsein bei den europäischen Medien über den so entstehenden Eindruck einseitiger israelischer Aggression.<sup>53</sup> Zum Thema Zuwanderung hingegen kommt es in der Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu häufig zu Darstellungen, die Stereotype bedienen, negativ gefärbt sind und damit Vorurteile bestätigen.<sup>54</sup> „Gerade wir müssen außerordentlich vorsichtig mit Sprache und Bildern umgehen,“ mahnte WDR-Intendant Fritz Pleitgen entsprechend, „um Vorurteilen, Diskriminierung und dem Schüren von Konflikten entgegen zu wirken. Wir haben dabei bereits beachtliche Fortschritte gemacht, aber es muss noch mehr getan werden.“<sup>55</sup>

Es ist deutlich geworden, dass die mediale Berichterstattung zum Rechtsextremismus als Teil eines umfassenderen öffentlichen Diskurses zu begreifen ist, der Lesarten vorgibt, die es offensiv zu hinterfragen gilt. Der Handlungskatalog ist lang und umfasst vor allem die

Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung, einer kontinuierlichen Aufmerksamkeit, einer reflektierten Berichterstattung und einer differenzierten Herangehensweise an das Thema. Journalisten werden nicht alleine die Defizite beseitigen können, die seit Längerem im Umgang mit intoleranten und antidemokratischen Kräften in Deutschland vorherrschen. Es stünde einem aufklärerischen, demokratischen Journalismus aber gut zu Gesicht, alte, vertraute und zutiefst problematische Automatismen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als erste zu hinterfragen und so einen wesentlichen Beitrag für eine demokratische Informationskultur zu leisten.

---

53) Ulrich Beck, „Entgrenzung der Intifada oder: Das Linienbus-Ticket in Haifa“ in: Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznaider (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus?* Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp 2004, S. 133-142, hier S. 134-135 und 138.

54) Siehe dazu ausführlicher Schellenberg, „Rechtsextremismus und Medien“, S. 44-45.

55) So Pleitgen anlässlich der Verleihung des ARD Medienpreises CIVIS 2005, abrufbar unter [www.wdr.de/tv/civis/chronik05\\_01.phtml](http://www.wdr.de/tv/civis/chronik05_01.phtml).

## Teilnehmer/innen

Name, Vorname	Institution
Altmann, Eva	MDR – Fernsehdirektion, ARD-Aktuell
Brocke, Hartmut	Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut, Direktor
Christ, Hanno	Rundfunk Berlin Brandenburg – RBB – Brandenburg aktuell
Fligge, Claudia	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Referat 501, Referentin
Hartmann, Dr. Hauke	Bertelsmann Stiftung, Projektmanager
Koenitz, Alexander	Berliner Zeitung, Ressort Medien
Krämer, Alex	RBB Inforadio
Küstermann, Andreas	ostseh.de
Möckel, Thomas	Sächsische Zeitung, Lokalredaktion Pirna, Redaktionsleiter
Nienhuisen, Andrea	Mobiles Beratungsteam Tolerantes Brandenburg, Regionalbüro Trebbin
Obst, Dr. Sven-Olaf	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Referat 501, Referatsleiter
Rath, Marc	Allgemeine Zeitung, Chefredakteur
Riesling-Schärfe, Dr. Heike	Regiestelle E&C, Programmkoordination
Ruprecht, Bettina	MDR – Fernsehen, Nachrichtenredaktion MDR-Aktuell
Schwarzburger, Judith	Regiestelle E&C, Programmmanagerin
Simon, Ingrid Barbara	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Abt. 5 – Unterabteilung 50 – Leiterin
Staud, Toralf	freier Journalist
Torenz, Christian	freier Journalist
Vogel, Andreas	Märkische Allgemeine, Lokalredaktion Neuruppin
Walter, Caroline	Rundfunk Berlin Brandenburg – RBB – Ressort Pol. Magazine

### Werkstattgespräch

#### **„Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“**

**Veranstalter:** Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
(BMFSFJ)

**Datum:** 8. Mai 2006

**Ort:** Centre Français de Berlin  
Müllerstraße 74  
13349 Berlin  
Raum 117

#### Programm:

09:30 **Tagungsbüro geöffnet – Willkommen: Kaffee, Tee, Gebäck**  
**Gelegenheit zum ersten Kennenlernen, Gedankenaustausch unter Kollegen**

10:00 **Begrüßung und Einführung in das Thema**  
*Ingrid Barbara Simon, BMFSFJ*

10:10 **„Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“ - Ein Überblick über  
Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus**  
*Toralf Staud, freier Journalist und Buchautor*

10:30 **Forschungsergebnisse des Projektes „Rechtsextremismus und Fernsehen“ - Wie berichten  
Journalisten? Und welche Wirkung haben ihre Berichte?**  
*Dr. Hauke Hartmann, Bertelsmann Stiftung*

11:00 **Diskussion und Erfahrungsaustausch zu:**

- Arbeitsbedingungen von Lokaljournalisten/innen
- Auftreten von Rechtsextremisten im lokalen Umfeld
- Umgang mit einem vermeintlichen oder tatsächlichem fremdenfeindlichen „Mainstream“
- Rolle von Journalisten/innen und Medien in der lokalen Öffentlichkeit

**Moderation:** *Toralf Staud, freier Journalist und Buchautor*

12:00 **Mittagessen**

13:00 **Journalistenwerkstatt (Themen alternativ nach Wünschen der Teilnehmer/innen)**

- **Gute Vorbereitung ist (nicht) alles**  
Udo Voigt als Talkshow-Gast – Video und Diskussion
- **NPD goes Rock'n'Roll**  
Wie Rechtsextremisten Musik und Symbole einsetzen
- **Totschweigen oder Hochspielen**  
Ist die NPD eine normale Partei? Soll man sie gleichberechtigt behandeln?
- **Brücken schlagen und Gräben überwinden**  
Ein Blick in die politischen Strategiepapiere der NPD
- **What's the news?**  
Umgang mit Presseerklärungen, Reden und Veranstaltungen von Rechtsextremisten
- **Die Macht der Bilder**  
Wem nützt welche Darstellung?
- **Tipps und Hinweise für die Recherche über und unter Rechtsextremisten**

**Moderation:** *Toralf Staud, freier Journalist und Buchautor*

16:30 **Auswertung, Kritik und Ausblick**

- Entwicklung von Handlungsstrategien für Politik und Medien
- Anregungen für weitere Veranstaltungen
- Wünsche und Erwartungen an Zivilgesellschaft, Behörden und Politik

**Moderation:** *Hartmut Brocke, Stiftung SPI*

17:00 **Gelegenheit zum persönlichen Austausch, Kaffee, Tee, Kuchen**

## Anhang

### **Auszüge aus einer NPD-Schulungsbroschüre, 2006**

(Originalmaterial zur Anschauung der neuen Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus)

„Was versteht die NPD unter Nationalismus?“

- „Der Begriff ‚Nation‘ ist auf das lateinische Verb ‚nasci‘ (geboren werden) und das Substantiv ‚natio‘ (Volksstamm) zurückzuführen. Bei einer Nation handelt es sich somit um eine Gemeinschaft von Menschen, die durch Geburt zusammengehören. Deutscher ist man (durch Herkunft), aber man wird es nicht (durch einen Pass)! Nur eine so verstandene Abstammungs- und Kulturnation kann echte Gemeinschaftskräfte entwickeln und eine Schutz- und Solidargemeinschaft bilden. In scharfem Gegensatz dazu steht die bloße Bekenntnis- und Staatsnation nach westeuropäischem Vorbild mit ihrem abstrakten, emotionskalten ‚Verfassungspatriotismus‘. Im Gegensatz zu diesem westlerischen Nationsverständnis mit seinen rein subjektiven Maßstäben (den ähnlichen Gesellschaftsauffassungen einer beliebigen Bevölkerung) ist für uns Nationaldemokraten eine Nation die gewachsene und staatsgewordene Gemeinschaft eines Volkes mit objektiven Merkmalen wie gemeinsamer Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte und Tradition. Nationalismus ist das politische Bestreben, die Identität, die Souveränität und die Solidarität eines Volkes zur Grundlage eines Gemeinwesens zu machen.“
- „Für den Nationalismus steht die eigene Nation als gewachsener Schicksalsverband mit starken Zusammengehörigkeitsgefühlen, emotionaler Bindekraft und Loyalitätsempfindungen im Mittelpunkt. Die eigene Nation, die moralisch nicht über anderen Nationen steht, aber gegen diese ihre kulturelle Identität zu bewahren und ihre Lebensinteressen zu behaupten hat, ist der höchste ethische Wert. Hier verläuft auch die Trennlinie zwischen Nationalismus und Chauvinismus: der Nationalist streitet für Selbstbestimmung, Identität und Leben des eigenen Volkes und billigt Gleiches auch jedem anderen Volk zu, während der Chauvinist fremde Völker und Väterländer verachtet und sich über diese erheben will. Ziel des deutschen Nationalismus ist ein freies und identitätsstarkes deutsches Volk unter anderen freien und identitätsstarken Völkern.“
- „Der Nationalismus wurde Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer wirkmächtigen Legitimations-, Mobilisierungs- und Integrationsideologie, die im Nationalstaat die Einheit von Volks- und Staatsgrenzen anstrebte. Er stritt für das nationale Selbstbestimmungsrecht eines Volkes in einem eigenen Staat mit gleichberechtigten Nationsgenossen. Der nationale Imperativ lautete: ein Volk, ein Staat. Dieses Prinzip ist heute von innen und außen bedroht: von innen durch eine galoppierende Verausländerung, die die ethnisch-kulturelle Homogenität des deutschen Staatsvolkes zerstört, von außen durch die Auflösung des deutschen Nationalstaates via Einbindung in übernationale Gebilde wie die EU. Angesichts der inneren und äußeren Bedrohtheit unserer Nation sieht sich die NPD mehr denn je in der Pflicht, für die Lebensinteressen der in ihrem Nationalstaat zur Nation gewordenen Deutschen einzutreten. Nur der Nationalstaat ist der geopolitische Raum einer volklichen Selbstherrschaft, nur der Nationalstaat bringt staatliche Grenzen und Geltungsmacht mit nationalen

Interessen und Wir-Gefühlen zur Deckung. Die Nation bleibt der einzig emotional unterfütterte Solidar- und Schutzverband, sie bleibt eine alternativlose Selbstbestimmungsgemeinschaft und Handlungseinheit auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung.“

„Wer ist denn für Sie ein Deutscher? Was verstehen Sie unter ‚Volk‘?“

- „Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genauso wenig aussuchen wie die eigene Mutter. In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt; in eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. Im Ausland wird man immer als Angehöriger eben dieses Volkes wahrgenommen, ob dies einem passt oder nicht. Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (eines BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. Längst ist erwiesen, dass das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (als evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“
- „Der Begriff ‚Volk‘ bezeichnet eine geschichtlich gewachsene Sprach- und Kultur-, Schicksals- und Abstammungsgemeinschaft. ‚Volk‘ ist die Lebensgemeinschaft körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen, die sich zu einem nationalen Solidarverband entwickelt hat. Alle Versuche, die Existenz von Völkern als identifizierbaren Schicksals- und Herkunftsgemeinschaften zu leugnen oder zu relativieren, sind von der Geschichte widerlegt worden. Der Mensch lebt in Völkern. Völker sind Lebensstatsachen, die zwischen den abstrakten Polen von ‚Mensch‘ und ‚Menschheit‘ angesiedelt sind und trotz der prinzipiellen Ungleichheit der Menschen einen konkreten Lebensverband gleichartiger Menschen darstellen (durch gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte, Tradition, Mentalität und Abstammung).“
- „Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat, also wer deutscher Abstammung ist. Deutsch ist eine ethnische Herkunftsbezeichnung und keine Bezeichnung des momentanen Wohnortes oder des Passes. Seit dem frühen 10. Jahrhundert kann man von einem Deutschen Reich sprechen (der Sachse Heinrich I. wurde 919 deutscher König). Dieses frühmittelalterliche Reich wurde von den deutschen Stämmen der Franken, Sachsen, Bayern, Schwaben, Thüringer und Lothringer getragen, die Nachfahren germanischer Stämme sind. Deutscher ist man von Geburt (oder eben nicht), aber man wird es nicht (durch Annahme eines Passes). Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes 2000 dürfen aber Millionen Fremde in unserem Land Staatsbürger-‚Glücksrad‘ spielen nach dem Motto: Ich nehme das Auto, den Fernseher und den deutschen Pass. Das darf nicht sein – Staatsbürgerschaft muss an die Volkszugehörigkeit gebunden sein, für Europäer können Ausnahmen gemacht werden.“

„Die NPD spricht immer nur von Völkern. Dabei sind wir doch alle Menschen.“

- „Völker sind nun einmal Lebens- und Naturtatsachen. Völker waren Schrittmacher der Geschichte und werden dies trotz des Wirkens der Völkerzerstörer auch bleiben. Die Menschen leben in Völkern als organisch gewachsenen Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal. Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. Dem Menschen ‚an sich‘ kann man gar nicht begegnen, wohl aber dem Russen oder dem Chinesen. Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die ‚Menschheit‘. Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes. Und die Menschheit existiert nur als Mosaik ethnokultureller Besonderheiten, als Summe von Völkern mit unterschiedlichen nationalen Interessen und kulturellen Identitäten, niemals als Menscheneinheit. Eine vereinte Menschheit gab es nie, gibt es nicht und wird es nie geben. Der Völkerrechtler Carl Schmitt stellte angesichts der politischen Instrumentalisierung des Menschheitsbegriffs kurz und knapp fest: ‚Wer Menschheit sagt, will betrügen‘.“
- „Völker existieren nun einmal als konkrete Lebensgemeinschaften verwandter Menschen, während ‚Mensch‘ und ‚Menschheit‘ bloße Abstrakta und Begriffshülsen sind. Der Mensch ‚an sich‘ existiert nicht, deshalb sind wir nicht unterschiedslos einfach ‚Menschen‘, wie die multikulturalistischen Völkerverächter behaupten. Bismarck formulierte einmal treffend: ‚Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten zu begeistern, auch dann, wenn dies nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes geht, ist eine politische Krankheit, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt.‘ Mit Blick auf die ‚Wir-sind-doch-alle-Menschen‘-Rhetorik kann auch formuliert werden: Die Neigung, nur noch ‚Menschen‘ sehen zu wollen, auch dann, wenn sich alle anderen als Volksangehörige sehen (als Franzosen, Russen oder Türken), ist eine politische Krankheit, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt.“
- „Wir sind alle Menschen, das ist richtig. Aber jeder Mensch hat eine andere Heimat, jeder Mensch gehört woanders hin. Und Afrikaner und Orientalen gehören ganz bestimmt nicht nach Deutschland. Wir sind alles Menschen? Ja, aber davon gibt es sechs Milliarden, die deshalb noch lange nicht das Recht haben, sich hier niederzulassen. Es gibt keine globale Niederlassungsfreiheit, sondern nur das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der alteingesessenen Völker.“



## **Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der "Dresdner Schule"**

(Originalmaterial zur Anschauung der neuen Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus)

Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation

Das heutige BRD-Establishment in Politik, Medien und Kulturbetrieb ist das geistige Deformationsprodukt der Frankfurter Schule. Diese Schule, deren räumliches Zentrum das Frankfurter Institut für Sozialforschung war, verband in ihrer "Kritischen Theorie" neomarxistisches und neofreudianisches Gedankengut und zielte auf die radikale Umgestaltung und absichtsvolle Zerstörung des deutschen Gemeinschaftslebens. Verbrämt mit scheinhumanitären Forderungen nach "Demokratisierung" und "Emanzipation" führte die Frankfurter Schule einen Generalangriff auf das Volks-, Staats- und Geschichtsbewusstsein der Deutschen. Die ideologischen Zutaten und Rezepte lagen bereits vor, als die Remigranten Max Horkheimer und Theodor Wiesengrund Adorno die Frankfurter Giftküche 1950 wiedereröffneten, um die deutsche Geisteslandschaft im Sinne der alliierten Umerzieher gründlichst umzupflügen, d.h. ein für allemal zu entnationalisieren. Die Chefköche brauchten in dem von Unsicherheit, geistiger Leere und Identitätsverlust geprägten Nachkriegsdeutschland nicht einmal zwei Jahrzehnte, um eine ganze Studentengeneration mit ihrem Ideologiefraß zu füttern, ja fast zu mästen. Die Achtundsechziger, und damit die charakterlich und geistig verlumpte Klasse, welche die Schaltstellen in Politik, Medien und Kulturbetrieb besetzt hat, sind die Ziehsöhne ebendieser Frankfurter Schule. So konnte der Schuld- und Sühnejakobiner Jürgen Habermas ("Ich selbst bin ein Produkt der ‚reeducation‘, und ich hoffe, kein allzu negatives.") zum "Philosophenkönig" der 68er-Republik und der Linkskriminelle Joschka Fischer ("Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten", zitiert nach "Spiegel" Nr. 05/2001) zum Polit-Liebling des postnationalen Homo bundesrepublicanus aufsteigen.

Wer den politischen Kampf gegen die volks- wie staatzersetzende BRD-Nomenklatura aufnehmen will, muss die Frankfurter Schule als deren Ideengeberin erkennen und eine geistig-politische Gegenfront aufbauen. Mit der "Dresdner Schule", deren Entstehungsimpuls der Landtagseinzug der sächsischen Nationaldemokraten im Jahr 2004 war, hat sich diese Front gegen die herrschenden Volks- und Staatsabwickler aufgebaut. Um die Landtagsfraktion der sächsischen Nationaldemokraten herum ist ein Personengeflecht entstanden, das gleichermaßen von jugendlichem Idealismus, sprühendem Geist und fundamentalem politischen Veränderungswillen getragen wird. Dabei strahlt die Denk- und Politikschule von Dresden schon jetzt weit über das klassische "nationale Lager" hinaus und erhält geistige Zuarbeit aus denkenden Kreisen, die das Establishment in seiner Realitätsblindheit noch fest an seiner Seite wähnt. Es ist etwas im Entstehen begriffen, dem die geistlos, korrupt und feige gewordenen Nachkommen der Frankfurter Schule nicht gewachsen sind: der organisierten Intelligenz einer selbstbewussten deutschen Nation!

Die Neubegründung der Deutschen als selbstbewusste Nation verlangt nach grundlegenden weltanschaulichen Paradigmenwechseln:

**"Wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einigen, unteilbaren, starken, freien deutschen Volk."**



### (Friedrich Engels)

Die "Dresdner Schule" sagt den Multikulturalisten und Umvolkern den politischen Kampf an. Die durch die Frankfurter Schule injizierte nationale Selbstverachtung ist der Dünger für eine bizarre Ausländertümelei und Fernstenliebe, welche die Fremden letztlich aber nicht ihrer selbst wegen schätzt, sondern nur in ihrer Eigenschaft als Zerstörer Deutschlands und Verdränger der Deutschen. Hier schließt sich der Kreis nationalen Selbsthasses als Resultat der psychologischen Kriegsführung zuerst der alliierten Umerzieher und dann der Frankfurter Schule gegen das deutsche Volk.

Die Ideologen des Multikulturalismus fördern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen, die die Deutschen zu den Indianern des 21. Jahrhunderts machen wird. So prognostiziert der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, dass die Deutschen in der Altersgruppe der unter 40-Jährigen in den westdeutschen Großstädten schon ab dem Jahr 2010 in der Minderheit sein werden. In Berlin-Kreuzberg gibt es mit der Eberhard-Klein-Oberschule bereits die erste Schule, die kein einziges deutsches Kind mehr besucht. Die Masseneinwanderung zerstört zudem die wirtschaftlichen wie ideellen Voraussetzungen des deutschen Sozialstaates, der ohne eine strikte Begrenzung der Teilnahmerechtigten und ohne nationale Solidaritätsempfindungen nicht existenzfähig ist. Die Deutschen müssen sich zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat entscheiden - einen Mittelweg gibt es nicht!

Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt, ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethnosuizid ebnet und den Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspricht. Die Umvolkungspolitik reißt aber auch die Ausländer aus ihren volklichen Lebensgemeinschaften heraus und entfremdet sie ihrer eigenen Heimat, Herkunft und Identität. Am Ende dieser planvollen Multikulturalisierung steht eine Masse von ethno-kulturellen Kastraten, die zu einer erbärmlichen Existenz als Wanderer zwischen den Welten verdammt sind. Dagegen erhebt die "Dresdner Schule" mit aller Entschiedenheit das Wort: Deutschland hat das Land der Deutschen zu bleiben und dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder zu werden.

**"Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen."**  
(Henning Eichberg)

Die Frankfurter Schule erkannte zwar die "Dialektik der Aufklärung", also den Umschlag des universalkapitalistischen Fortschrittsprozesses in die Unfreiheit einer verwalteten Welt. Sie wollte aber nicht das Gefahrenpotential der heraufdämmernden einförmigen Weltzivilisation des Großen Geldes sehen, und zeigte einmal mehr, dass Neomarxismus und Liberalkapitalismus nur zwei Äste vom gleichen Stamm des völker- und staatenverachtenden Universalismus sind. Nirgendwo findet die One-World-Ideologie deshalb fanatischere Anhänger als bei den Tonangebern der 68er-Republik. In diesen Kreisen wird mit Genugtuung registriert, dass der Turbokapitalismus die Völker zerstört und Nationalstaaten unterhöhlt - mit umgekehrten Vorzeichen also die von Karl Marx geforderte "Verschmelzung der Nationen" durchführt.

Die Globalisten wollen das Pluriversum der Volks-, Kultur- und Religionsgemeinschaften durch das Universum einer gleichgeschalteten Krämerzivilisation ersetzen, in der es nur noch entwurzelte und identitätslose

Konsumzombis gibt. Sie fördern globale Völkerwanderungen, um die Homogenität der Völker und damit die wunderbare Heterogenität der Welt in einem großen Schmelztiegel zu beseitigen. Der globalistische Entwurzelungs- und Selbstentfremdungsvorgang stellt ein weltgeschichtlich einmaliges Verbrechen am Sozial- und Kulturwesen Mensch dar: Denn wo das Volk stirbt, stirbt die Gemeinschaft; wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur; und wo die Kultur stirbt, verendet der Mensch.

Die "Dresdner Schule" lehnt jede Spielart des völkerverschlingenden Globalismus entschieden ab, den von "rechts" und den von "links", den "von oben" und den "von unten". Im Geiste reichen wir allen Menschen die Hand, die namens ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität den Kampf gegen die nivellierende "McWorld" aufgenommen haben. Völker statt One World!

**"Demokratie ist Herrschaft des Volkes, durch das Volk und für das Volk."  
(Abraham Lincoln)**

Wenngleich die Frankfurter Schule ihrem Gesellschaftsprogramm einen radikaldemokratischen Anstrich gab, widersprach die "Kritische Theorie" aufgrund ihrer Volks- wie Staatsfeindlichkeit zutiefst dem Wesen der Demokratie. Denn Demokratie ist ihrem Sinn nach Volksherrschaft, das heißt Ethnokratie, und nicht Bevölkerungsherrschaft, also Soziokratie. Die Frankfurter Schule wollte weder ein "Volk" - erst recht nicht das deutsche! - zur Basis des revolutionierten Gemeinwesens machen, noch überhaupt "Herrschaft" im klassischen Sinne institutionalisieren. Ohne ein "Volk" und dessen staatliche "Herrschaft" gibt es aber keine Volksherrschaft! In dieser antidemokratischen, weil volks- und staatsfeindlichen Tradition stehen auch die Machthaber der 68er-Republik, die das deutsche Gemeinwohl in- und ausländischen Partikularinteressen geopfert haben und den Austausch des deutschen Staatsvolkes durch eine beliebige Mischbevölkerung betreiben.

Die "Dresdner Schule" erstrebt die Überwindung des liberalistischen Systems, in dem Parteien und Interessengruppen den Staat zum Beute- und Schacherobjekt degradiert haben und die Staatlichkeit zwischen den Mühlsteinen des pluralistischen Interessenkampfes zerrieben wird. An die Stelle des liberalen Parteienregimes will die "Dresdner Schule" eine Volksherrschaft setzen, die diesen Namen auch verdient. Das setzt die Wiederherstellung des deutschen Staatsvolkes und des deutschen Nationalstaates als natürlichem Fundament und Instrument der Selbstregierung der Deutschen voraus. Durch Volksabstimmungen in allen nationalen Lebensfragen muss das Gemeinwesen aus dem Klammergriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreit werden. Dann entstünde eine wirkliche Volksherrschaft mit der demokratiethoretisch zwingend gebotenen Identität von Regierten und Regierenden.

**"Die Hierarchie des Geldes muss geopfert werden, will man die Hierarchie der Werte wieder aufrichten."  
(Hans Zehrer)**

Mit revolutionärem Gestus und antikapitalistischem Soziologenvokabular erweckte die Frankfurter Schule den Eindruck, ihr gehe es vorrangig um sozialere Formen des Wirtschaftens. In Wirklichkeit hatte sie keinerlei konstruktives Aufbauprogramm für eine gerechte Wirtschaftsordnung im Angebot, sondern nur ein destruktives Auflösungsprogramm für Volk, Staat, Kultur und Familie. Weil der Antikapitalismus der Frankfurter Schule keiner war, machten bei der Studentenrevolte der sechziger Jahre

auch so viele wohlhabende Bürgerkinder mit, deren Hedonismus die Konsumgesellschaft nur ausdifferenzieren und der Wirtschaft neue Profitancen zu eröffnen half. Dass Neomarxismus und Liberalkapitalismus eineiige Zwillinge sind, die sich in der Verherrlichung des Homo oeconomicus und in ihrer Staatsfeindschaft gleichen, beweisen die Ziehsöhne der Frankfurter Schule im Globalisierungszeitalter immer aufs neue.

Die "Dresdner Schule" fordert dagegen entschieden das Primat des Politischen über das Wirtschaftliche und die Revitalisierung des interventionsfähigen National- und Sozialstaates. Das Kapital hat der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk zu dienen - und nicht umgekehrt! Der Verarmungswettbewerb der Globalisierung, in dessen Folge Arbeitsplätze in Billiglohnländer exportiert und im Gegenzug noch Lohndrücker importiert werden, ist kein Naturgesetz, sondern das Werk neoliberaler Politiker. Die "Dresdner Schule" will zeigen, dass es Alternativen zur Allmacht des Großen Marktes gibt und Finanznomadismus, Vermögenskonzentration bei wenigen, Umwandlung aller Lebensverhältnisse in Warenverhältnisse, Staatsauflösung und Arbeitskräfteverschiebung zum Wohl der Plutokraten nicht das letzte Wort der Wirtschaftsgeschichte sein werden. Eine grundlegende Wirtschaftserneuerung aus nationalem und sozialem Geist - der Dritte Weg also zwischen Kommunismus und Kapitalismus - wird angesichts der Asozialität der Gegenwartsverhältnisse größte Anziehungskraft entwickeln.

### **"Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde" (Arthur Moeller van den Bruck)**

Die radikale Durchliberalisierung Deutschlands ist der wohl größte Triumph der Frankfurter Schule. Mit ihren anarchoiden Freiheits- und Emanzipationslosungen tarnte sie ihre Zersetzungsarbeit an den Fundamenten des deutschen Gemeinschaftslebens nur notdürftig. Ordnung, Autorität und Bindung wurden als profaschistisch denunziert, obwohl sie Voraussetzung für eine Freiheit in Würde und nicht deren Fessel sind. Die Propagierung schrankenloser Pluralisierung und Selbstverwirklichung führte zur Zerrüttung des Staates, der Institutionen, der Familie und der Volksgemeinschaft. Zurück lässt diese permissive Gesellschaft eine Masse verstörter, gestörter und zerstörter menschlicher Sozialatome, denen es an jedem Halt, jeder Geborgenheit und höherer Sinnstiftung mangelt.

Gegen diese 68er-Gesellschaft, die einer nihilistischen Endzeitgesellschaft gleicht, bezieht die "Dresdner Schule" eine konsequente Gegenposition. Wir haben die Vereinzelung des Menschen durch Zerstörung aller Gemeinschaftsbande als Herrschaftsinstrument des Liberalismus erkannt, der einen brutalen, aber lautlosen Kampf aller gegen alle fördert. In der Billardkugel-Gesellschaft des Westens, in der sich die einzelnen Kugeln nur noch berühren, um sich sogleich wieder voneinander abzustoßen, wird der Mensch auf sich selbst zurückgeworfen und stirbt den sozialen Tod.

Zwischen den abstrakten Polen von "Mensch" und "Menschheit" wollen wir das Volk als gewachsene Lebens- und Solidargemeinschaft wieder in den Mittelpunkt der identitären Selbstverortung rücken. Die "Dresdner Schule" arbeitet auf eine neue Gemeinschaftsordnung hin, in der das Freiheitsbedürfnis des Einzelnen mit dem Ordnungsbedürfnis der Ganzen in Einklang gebracht wird und Freiheit in Verantwortung, nicht Freiheit von Verantwortung, sittliche Forderung ist. Ohne ein

neues Wir-Gefühl sind die Deutschen weder den drückenden Problemen im eigenen Land noch den heraufziehenden weltpolitischen Konflikten gewachsen.

**"Eine Nation, die es als einzige schafft, die Intelligenz, die Sittlichkeit und die Lebensqualität des Menschen fast überall auf der Erde herabzusetzen - das hat es noch nie gegeben. Ich klage die USA an, laufend Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen."  
(Henry de Montherlant)**

Das Verhältnis der Frankfurter Schule zu den USA war ein ambivalentes. Einerseits kritisierte man deren Imperialismus unter der Anleitung eines militärisch-industriellen Komplexes, andererseits verehrte man die USA als Führungsmacht der Anti-Hitler-Koalition. Vor allem dankte man ihr das Gesellschaftsmodell einer liberalistischen Einzelwillennation - garniert mit "pursuit of happiness" und Aufklärungspathos -, das 1776 mit der Unabhängigkeitserklärung in die Welt gesetzt worden war. Weil die Machthaber der 68er-Republik die One-World-Utopie teilen und das Frankenstein-Konzept des "nation building" gutheißen, steht die vasallitische BRD selbst bei offenkundigen Globalisierungsraubzügen treu an der Seite der USA. So bejubelte Jürgen Habermas 1999 den Angriffskrieg der US-dirigierten NATO auf Jugoslawien als einen "Sprung auf dem Weg des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft".

Die "Dresdner Schule" steht dem Imperium Americanum feindlich gegenüber und solidarisiert sich mit allen, die sich gegen den American Way of Death zur Wehr setzen. Wir vergessen nicht, dass Amerika wegen nackter Wirtschaftsinteressen in die beiden Weltkriege eintrat und diese gegen Deutschland entschied. Wir wissen, dass die Amerikaner die ideologischen Schöpfer und gewalttätigen Exekutoren von Multikulturalismus und Globalismus sind. Diese künstliche Einwanderernation will ihre eigene Entstehungsbedingung dem Rest der Welt aufzwingen und stürzt die gewachsenen Völker damit in Chaos und Auflösung, in Krieg und Ausbeutung. Außerdem sehen wir, dass Amerika die ganze Welt in ein postnationales Disney-Land mit infantilisierten Konsumidioten verwandeln will.

In Washington und New York - ob hier etwa der Schwanz Israel mit dem Hund USA wedelt oder nicht, sei dahingestellt - sitzen daher die Todfeinde der Völker. Sein und Nichtsein der Deutschen, Europäer und aller anderen Völker hängt davon ab, ob sie den Willen und die Kraft haben, sich zu entamerikanisieren und zu renationalisieren.

**"Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."  
(Johannes Gross)**

Ein Hauptanliegen der Frankfurter Schule war es, die Deutschen durch eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung zu neurotisieren und ihres geschichtlichen Erbes zu entfremden. Sie sollten zu identitätskastrierten Gegenwartskrüppeln ohne (positive) Vergangenheit und damit auch ohne Zukunft gemacht werden. Durch den Dauereinsatz der Auschwitz-Keule - gipfelnd in dem Ausspruch Adornos, nach Auschwitz sei es barbarisch, ein Gedicht zu schreiben - wurden die Deutschen in eine Schuld knechtschaft gezwungen, die es in- und ausländischen Kreisen bis heute ermöglicht, die Deutschen moralisch zu demütigen, wirtschaftlich auszunehmen und

politisch zu bevormunden. Dass selbst noch Angehörige der dritten Nachkriegsgeneration ihr von nationalem Selbsthass gespeistes "Deutschland verrecke!" herausbrüllen, zeigt, dass die Giftsaat der Frankfurter Geschichtsinquisitoren aufgegangen ist und die militärischen Sieger des Zweiten Weltkrieges auch noch geschichtspolitisch gewonnen haben.

Die "Dresdner Schule" will den Deutschen dagegen klar machen, dass sie sich sechzig Jahre nach Kriegsende endlich des Bűßerhemdes und der Narrenkappe als bisheriger Staatsmode der BRD zu entledigen haben. Der Fahrkartenschalter nach Canossa ist unwiderruflich geschlossen! Wir halten es mit Nietzsche, der feststellte: "Die Geschichte gehört (...) dem Bewahrenden und Verehrenden - dem, der mit Treue und Liebe dorthin zurückblickt, woher er kommt, worin er geworden ist; durch diese Pietät trägt er gleichsam den Dank für sein Dasein ab. Indem er das von alters her Bestehende mit behutsamer Hand pflegt, will er die Bedingungen, unter denen er entstanden ist, für solche bewahren, welche nach ihm entstehen sollen - und so dient er dem Leben."

Nur durch ein solches Geschichtsverständnis kann unser schuldkomplex-beladenes Volk seelisch wieder gesunden und werden, was es wieder werden muss: eine selbstbewusste Nation unter selbstbewussten Nationen!

Jürgen Gansel, MdL, 05. Mai 2005

Originaltext – keine Identifikation mit dem Inhalt!